

Inhalt

Vorwort – <i>Walter Rossow</i>	4
Protokoll der Mitgliederversammlung des slvsh am 27. April 2006 – <i>Günter Orgis</i>	5
Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden – <i>Walter Rossow</i>	6
Kassenbericht – <i>Reinhard Einfeldt</i>	8
Haushaltsplan – <i>Reinhard Einfeldt</i>	9
Netzwerk für Lehrerbildung und Schule: Die EULE in Flensburg – <i>Wolfgang Schulz</i>	10
Arbeitsprogramm 2006 des slvsh	13
Ergebnisse der Umfrage des slvsh zum Schulrechtstest für LiAs	17
ASD-Frühjahrstagung am 24. und 25. März 2006 in Potsdam gemeinsam mit dem ESHA General Board Meeting; Begrüßungen durch Walter Rossow und Ute Erdsiek-Rave	19
Pressemitteilung der ASD-Frühjahrstagung in Potsdam	24
Optimierung der Zusammenarbeit innerhalb der Schulleitung – <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	25
Informationen aus der Geschäftsstelle – <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	28
Die Aufgabenverteilung im slvsh	29
Ihre Ansprechpartner in den Kreisen	30
Werbung des slvsh mit Beitrittsformular	31
Stellungnahme des slvsh zum Erlassentwurf „Bilinguale Unterrichtsangebote“ – <i>Olaf Peters</i>	33
Stellungnahme des slvsh zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Schleswig-Holstein – <i>Olaf Peters</i>	33
Stellungnahme des slvsh zum Erlass „Englisch in der Grundschule“ – <i>Olaf Peters</i>	35
Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Klug zum Englischunterricht in der Grundschule	36
Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Klug zur Planstellenzuteilung für das Schuljahr 2006/07	37
Pressespiegel: Alle Macht dem Schulleiter (Niedersachsen)	38
Pressespiegel: Schulen müssen kooperieren (S-H/HH)	39
Knüppel, Krampen und Konflikte – Ein ehemaliger Rütli-Schüler erinnert sich an seine Kindheit in Neukölln – <i>Horst Bosetzky</i>	39
Pressespiegel: Das Migrationsdesaster	40
Pressespiegel: Ehrenrunden – Ja oder Nein?	42
Die Politik (Gedicht) – <i>Arnold Siegmund</i>	43
Grimmelshausen und der Landtagsabgeordnete – <i>Werner Broders</i>	43
<i>Die letzte...? – Das Letzte! – Ekkehard Klahre</i>	45

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei

- Namens-, Schul- oder Privatadressenänderungen,
- Eintritt in den Ruhestand oder
- Kontoänderungen

auch an den slvsh zu denken und diese entweder der

- ◇ **AWU, Kleine Bahnstraße 6, 22525 Hamburg oder**
- ◇ **unserer Geschäftsstelle, Klaus-Ingo Marquardt, Schulstr. 6, 24582 Wattenbek**

umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten
Informationen und ersparen uns unnötige Kosten und Arbeit! ☺!☺!☺

Vorwort

Walter Rossow

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 27. April 2006 fand im ConventGarten in Rendsburg unsere Mitgliederversammlung statt, auf der der neue Vorstand des s/vsh gewählt wurde. Neben vielen „alten“ Gesichtern, die seit Jahren die Geschicke des s/vsh leiten, können wir im Vorstand auch drei „neue“ Gesichter begrüßen.

Eine Verjüngungskur, die jeder Verband oder Verein irgendwann einmal bei seinen ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitgliedern braucht, hat damit begonnen und sie wird sich bei den nächsten Wahlen fortsetzen (müssen), da dann auf jeden Fall die Positionen des Geschäftsführers und des 1. Vorsitzenden neu besetzt werden müssen.

Ich wünsche unseren drei neuen Vorstandskolleginnen viel Spaß bei der Vorstandsarbeit, bedanke mich im Namen des gesamten Vorstandes bei unseren leider nicht sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern für das ausgesprochene Vertrauen und verspreche, dass wir auch weiterhin all unsere außerschulische Kraft zum Wohle unseres s/vsh einsetzen werden.

Damit haben wir dann relativ zeitnah nach der Mitgliederversammlung begonnen. 14 Tage nach unserer Mitgliederversammlung traf sich der Vorstand zu einer Klausurtagung in Schleswig, um an der Fortschreibung des Arbeitsprogrammes 2004 des s/vsh zu arbeiten. Das Ergebnis, das Arbeitsprogramm 2006, finden Sie im Inneren dieses Heftes.

Gespannt horcht und sieht man ja auch immer Richtung Kiel, um mitzubekommen, was in der Landeshauptstadt an Neuem präsentiert wird. Und da gab es in der letzten Zeit zwei wichtige Meldungen. Die eine kam aus dem IQSH, die andere aus dem Bildungsministerium. Doch gehen wir chronologisch vor.

Das IQSH plant in Kooperation mit der Christian-Albrechts-Universität einen Studiengang für einen geplanten „Master für Schulmanagement“. Damit könnte eine seit langem aufgestellte Forderung des s/vsh nach professioneller Aus- und Fortbildung von Schulleitungsmitgliedern in großen Teilen erfüllt werden. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, werden wir bei einem Gespräch kurz vor den Ferien im IQSH erfahren. Wie und ob es weitergeht, werden Sie dann im nächsten Heft erfahren.

Aus dem Bildungsministerium – oder besser gesagt aus Plön – kam während des von Frau Erdsiek-Rave auf der Kultusministerkonferenz vorgelegten Bildungsberichts ein neuer Vorstoß

unserer Ministerin in Richtung „Humanisierung“ von Schule. Sie brandmarkte das Sitzenbleiben als ein Relikt aus der pädagogischen Mottenkiste, da „bei 15-jährigen Sitzenbleibern auch nach einer „Ehrenrunde“ kaum Erkenntnisgewinne festgestellt wurden“. Mir fällt es zugegebenermaßen nicht allzu schwer, der Forderung von Frau Erdsiek-Rave nach Abschaffung des Sitzenbleibens in großen Teilen zu folgen, allerdings glaube ich, dass diese Forderung dann falsch ist, wenn sie mit einer solchen Ausschließlichkeit gestellt wird.

Wichtiger aber ist die Konsequenz, die Frau Erdsiek-Rave aufstellt, um ihr Ziel zu erreichen: Mit zusätzlichen Lehrern, die die schwachen Schüler fördern sollen, will Frau Erdsiek-Rave die Zahl der Wiederholer drastisch reduzieren. Dafür werden in den kommenden Jahren 200 Planstellen bereitgestellt. Sollte das auch wirklich geschehen, so kann ich dieses nur begrüßen, doch habe ich nach den vielfältigen Erfahrungen, die wir in diesem Jahr bis heute schon mit Versprechungen aus Kiel sammeln durften (mussten), ein gutes Stück meines Vertrauens in solche Ankündigungen verloren.

Viel zu groß ist meine Angst, dass der Finanzminister wieder einmal ein Loch in der Landeskasse entdeckt, das hoffentlich nicht durch die geringfügige Erhöhung der Diäten unserer Volksvertreter ausgelöst wird, und er dieses vielleicht nach den guten Erfahrungen in diesem Jahr durch eine Arbeitszeitverlängerung stopft. Wobei er gleichzeitig den Vorteil hätte, zu behaupten, dass man neue Planstellen schafft, dabei allerdings wohlweislich verschweigt, dass man so die dringend gebrauchten Arbeitsplätze für junge fertige Lehrkräfte einfach weg“befördert“ und diese Kolleginnen und Kollegen ohne Skrupel in die Arbeitslosigkeit schickt.

Ich wünsche Ihnen eine möglichst stressfreie unterrichtsfreie Zeit sowie erholsame Urlaubstage.

Ihr



Protokoll der Mitgliederversammlung des s/vsh am 27. April 2006

Günter Orgis

Anwesende: s. Anwesenheitsliste

bei Enthaltung der Mitglieder im Vorstand einstimmig angenommen.

Beginn: 15.15 Uhr

Ende: 17.15 Uhr

TOP 9 Wahlen

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung

Andreas Kelber eröffnet mit freundlichen Worten die Mitgliederversammlung und begrüßt die anwesenden 22 Mitglieder im s/vsh. Eine persönliche Begrüßung erhält das Ehrenmitglied Hans-Peter Drosdatis.

Der Vorschlag des Vorstandes zur Vorstandswahl ist abgedruckt in der Zeitschrift des s/vsh Nr. 57 vom März 2006 auf Seite 44. Der Versammlungsleiter stellt diesen Vorschlag en bloc zur Abstimmung. Bei Enthaltung der Mitglieder des Vorstandes wird dieser Vorschlag einstimmig angenommen.

TOP 2 Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin

Einstimmig wird Hartmut Keck zum Versammlungsleiter gewählt.

TOP 10 Wahl eines Kassenprüfers

Bei eigener Enthaltung wird Heike Brunkert wieder gewählt.

TOP 3 Bericht des 1. Vorsitzenden

Der Vorsitzende des s/vsh, Walter Rossow, trägt seinen Rechenschaftsbericht vor.

TOP 11 Haushaltsplan 2006

Siehe Tabelle auf Seite 9

TOP 4 Aussprache

Keine Wortmeldungen

Die Mehrausgaben für den Vorstand werden von Reinhard Einfeldt mit einem Arbeitswochenende des Vorstandes begründet. Der Haushaltsplan 2006 wird bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

TOP 5 Bericht des Schatzmeisters

Siehe Tabelle auf der nächsten Seite

TOP 12 Verschiedenes

TOP 6 Bericht der Kassenprüfer

Heike Brunkert berichtet, dass beide Kassenprüfer die Kasse ausgiebig geprüft hätten. Die Belege sind in Ordnung, die Listen in den Ordnern und auf dem PC sind sorgfältig geführt.

Walter Rossow verabschiedet Manfred Helmert und dankt für 4 Jahre Mitarbeit im Vorstand. Walter Rossow begrüßt Dr. Wolfgang Schulz und Sabine Kröger von der Einrichtung der Universität Flensburg und des IQSH für Unterrichtsentwicklung, Lernkultur und Evaluation (EULE). Beide stellen ihre Einrichtung ausführlich vor. Einzelheiten sind zu erfahren unter www.eule-flensburg.de.

TOP 7 Aussprache

Keine Wortmeldungen

Nach ausführlicher Diskussion dankt Uwe Niekiet den Vortragenden und beendet mit einem Schlusswort die Mitgliederversammlung.

Günter Orgis

TOP 8 Entlastung des Vorstandes

Heike Brunkert bittet die Mitgliederversammlung um Entlastung des Vorstandes. Der Antrag wird

Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden

Walter Rossow

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

lassen Sie mich zu Beginn meines Rechenschaftsberichtes meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen ganz herzlich für ihren Einsatz und die ausgezeichnete Zusammenarbeit im Laufe dieser Wahlperiode danken. Das schließt ganz eindrücklich auch alle die ein, die in dieser Zeit aus der Vorstandsarbeit aus ganz unterschiedlichen Gründen ausgeschieden sind bzw. ausscheiden mussten.

Der Vorstand hat in den zurückliegenden beiden Jahren regelmäßig getagt, um die Arbeit des Verbandes inhaltlich und organisatorisch zu planen. Eine kleine Liste unserer Aktivitäten über einen relativ kurzen Zeitraum – nämlich von Januar 2005 bis September 2005 – haben wir in unserer s/vsh-information Nr. 55 abgedruckt. Von daher möchte ich mir und Ihnen – wenn Sie denn einverstanden sind – eine detaillierte Liste aller Aktivitäten der letzten zwei Jahre ersparen. Für den Vorsitzenden des s/vsh hat sich diese Liste seit November 2005 noch erheblich erweitert, bin ich doch auf der Herbsttagung des ASD, des Allgemeinen Schulleiterverbandes Deutschlands, zumindest erst einmal bis zum Ende des Jahres 2006 auch zum Vorsitzenden des ASD gewählt worden. Dieser deutsche Dachverband, der für den Erfahrungsaustausch der deutschen Schulleiterverbände eminent wichtig ist, stand kurz vor der Herbsttagung – auch bedingt durch den sehr kurzfristigen Rücktritt seines Vorstandes – praktisch vor dem Aus. Erst der Vorschlag Schleswig-Holsteins, die Zusammensetzung des ASD-Vorstandes an die in der KMK herrschende Regelung anzupassen, ließ den ASD über- bzw. weiterleben. Diese neue Regelung führt dazu, dass der Vorsitzende des ASD aus dem Bundesland kommt, aus dem auch der oder die Vorsitzende der KMK stammt.

An den Vorstandssitzungen des s/vsh nahmen neben den gewählten Vorstandsmitgliedern auch immer wieder Beraterinnen teil. Dieses basiert auf einer langen und guten Tradition, und ich wünsche mir, dass auch zukünftig Mitglieder, die an der Verbandsarbeit interessiert sind, diese Gelegenheiten nutzen. Das ist natürlich überhaupt nicht uneigennützig gedacht, brauchen wir doch – genau wie in unseren Schulen auch – gerade für die Vorstandsarbeit junge Kolleginnen und Kollegen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Dass wir hier auf dem richtigen Weg

sind, zeigt – so sehe ich das jedenfalls – unser Vorschlag für die heute anstehenden Vorstandswahlen.

Ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit sind Gespräche mit allen relevanten Gruppen in und um Schule sowie auf allen Ebenen des Ministeriums. So habe ich mich sowohl in meiner Funktion als Vorsitzender des s/vsh als auch in der Funktion als Vorsitzenden des ASD seit Beginn dieses Jahres zu mehreren intensiven Gesprächen mit der Ministerin getroffen, die von beiden Seiten mit großer Offenheit und dem dazu notwendigen Vertrauen geführt wurden. Dazu kamen etliche Gespräche mit Abteilungsleiterinnen und Referentinnen sowie der Gedankenaustausch mit allen im Landtag vertretenen Parteien. Vertreterinnen bzw. Vertreter des s/vsh nahmen als Gäste oder Diskussions Teilnehmer an schulpolitischen Veranstaltungen teil. Natürlich fragt man sich nach all diesen Gesprächen – und das werden natürlich auch Sie fragen – was haben diese Gespräche denn nun wirklich an Zählbarem gebracht? Und momentan muss ich Ihnen ehrlich antworten: Wenig bis nichts! Das ist bei der augenblicklich herrschenden politischen Großwetterlage wohl auch nicht sehr verwunderlich, regiert doch in jedem Ministerium eigentlich derselbe Minister: nämlich der Finanzminister. Ich will das an einem Beispiel aus unserem Ministerium deutlich machen: Die halbe Stunde Mehrarbeit wird ja auch für Schulleitung in Form von Unterricht gelten. Dass diese Mehrarbeit für die einzelne Schule absolute Peanuts sind – denn welche Klasse soll denn in den Genuss meines mehr zu erbringenden Unterrichts von 30 Minuten kommen dürfen? – sieht unsere Ministerin natürlich ein, kann das aber dem Finanzminister nicht klarmachen. Denn für ihn sind das bei 1080 Schulen gleich 1080 Stunden gleich 40 Planstellen, die er auf diese Art und Weise für die Statistik leicht erwirtschaften kann und – das ist meines Erachtens nach der wesentlich größere Skandal – jungen Lehrkräften, die jetzt fertig ausgebildet worden sind und die wir dringend in unseren Schulen brauchen, vorhält und sie lieber in die Arbeitslosigkeit schickt. Selbst mein Angebot, die Ministerin bei einer Erhöhung von einer Stunde von Schulleitung zu unterstützen, wenn diese dann in Leitungszeit landet, konnte nichts bewirken.

Nun will ich hier nicht nur in Pessimismus machen, sondern will auch ganz klarstellen, dass

alle diese Gespräche äußerst wichtig sind, um immer wieder die dicken schulpolitischen Bretter zu bohren und um – so jedenfalls im Moment – noch Schlimmeres zu verhindern. Dieses gilt im Augenblick vor allem für das neue Schulgesetz. Sie finden es auf unserer Homepage und ich möchte Sie alle bitten, es sich runter zu laden und ihre kritischen Anmerkungen dazu an Olaf Peters zu schicken, der sie dann in die Stellungnahme des s/vsh mit einbauen wird. Guter Hoffnung bin ich, dass es uns in der Kombination s/vsh, ASD, Ministerium und KMK endlich gelingen wird, einen ersten wichtigen Schritt zu machen, nämlich das Berufsbild für Schulleitung festzuschreiben – das dann sogar in ganz Deutschland Gültigkeit hätte. Dann ist die nächste Hürde zu einer eigenständigen Arbeitszeitverordnung für Schulleitung auch nicht mehr so hoch, dass die Politiker davor scheuen wie Springpferde vor einem zu hohen Oxer.

Lassen Sie mich auch noch etwas zu unserer Mitgliederzeitung sagen. Diese erfreut sich weit über unsere Grenzen, wie ich neulich bei einem Besuch in Südtirol erfahren konnte, allergrößter Beliebtheit und ist - trotz unserer Homepage und unserer s/vsh-e-info – nach wie vor unser wichtigstes Informationsmedium und auch unser bestes Aushängeschild. Mein Dank geht an dieser Stelle an Ragna Bordel, die es immer wieder schafft, unseren Mitgliedern und Freunden mit jeder Ausgabe eine höchst informative und – wie ich finde – perfekt gestaltete Zeitung an die Hand zu geben.

Kongresse des s/vsh sind – neben der Mitgliederzeitung – zu dem Markenzeichen unseres Verbandes geworden. Auf dem s/vsh-Kongress 2005 haben viele Mitglieder wohl zum ersten Mal wirklich fundierte Informationen zu den Standards bekommen. Damit dieses möglich wurde, war eine Unmenge an logistischer Arbeit zu bewältigen, fanden doch zu gleicher Zeit Tagungen etlicher Fortbildungsinstitute bzw. Fortbildungseinrichtungen statt, die mögliche Referenten dort banden. Dass dennoch alles so perfekt klappte, war wie immer unserem „Mädchen für Alles“ Klaus-Ingo Marquardt zu verdanken. Dafür dir, lieber Klaus-Ingo, an dieser Stelle meinen ganz herzlichen DANK, den ich dir sicherlich auch im Namen der heute hier anwesenden Mitglieder aussprechen darf!

Lassen Sie mich einen kurzen Ausblick auf die nächsten zwei Jahre richten. Welcher Vorstand auch immer den s/vsh in dieser Zeit führen wird, für ihn wird es weiterhin zwei wichtige Aufgaben geben:

Die Einflussnahme auf schulpolitische Weichenstellungen, um die Qualität von Schule zu entwickeln und zu sichern und die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Unterstützung und Stärkung der Schulleitungsarbeit.

Dabei wird wichtig sein, immer wieder deutlich zu machen, dass man nicht nur von selbstständiger Schule reden darf, sondern sie auch praktizieren muss. Im Moment kann ich nur feststellen, dass wir in Schleswig-Holstein in diesem Punkt schon einmal viel weiter waren, als wir es zum jetzigen Zeitpunkt sind. Auch muss es immer wieder darum gehen, Verbesserungen für unsere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Warum wir hier einen ganz langen Atem haben müssen, habe ich vorhin dargestellt. Auf jeden Fall muss unseren Gesprächspartnern immer wieder klar gemacht werden, dass man eine Schulleiterglühbirne nicht beliebig weiterdrehen kann, da sie sonst irgendwann überdreht und kein Licht mehr gibt und dann – um im Bild zu bleiben – Schule in den meisten Fällen im Dunkeln stehen wird!

Lassen Sie mich mit dem enden, was ich schon bei meinem letzten Rechenschaftsbericht vor einem Jahr gesagt habe: Wir alle hier im Saal wissen um die großen Probleme, die es in den nächsten Jahren zu lösen gilt. Selbstverständlich wird sich der s/vsh auch weiterhin seiner Verantwortung stellen, doch genauso selbstverständlich werden wir die Landesregierung – wie bisher – konstruktiv, aber kritisch und unbestechlich begleiten.

Kassenbericht 2005

Einnahmen

Beitragszahlungen 2005 (Einzug)	43.684,00 €	
Rückbuchungen Lastschrift	-1.339,00 €	
anteilige Beiträge neuer Mitglieder 2005	1.534,00 €	
Werbeeinnahmen	670,00 €	
"Spende"	2,41 €	
Zinsen Konto 690 188 000	295,31 €	
Zinsen Konto 188 000	8,44 €	
Einnahmen	44.855,16 €	44.855,16 €

Ausgaben

		Haushalts- ansatz
1. Arbeitskreise, Mitgliederversammlung, Kreisversammlungen	<u>3.267,68 €</u>	4.000,00 €
2. Geschäftsstelle	<u>3.196,19 €</u>	6.000,00 €
3. Vorstand	<u>7.283,22 €</u>	7.250,00 €
4. Anschaffungen	<u>1.052,40 €</u>	540,00 €
5. Zeitung	<u>12.710,73 €</u>	13.000,00 €
6. Kongress		
Gesamtkosten	13.548,40 €	
Eigenleistung Teilnehmer	-4.160,00 €	
Kongress slvsh	9.388,40 €	9.800,00 €
7. ASD	<u>2.913,42 €</u>	3.000,00 €
8. Sonstiges	<u>1.912,00 €</u>	0,00 €
Ausgaben 2005	41.724,04 €	41.724,04 €

Status

Einnahmen		44.855,16 €
Ausgaben		41.724,04 €
Differenz		3.131,12 €

Übertrag von 2004

aus dem laufenden Konto 000 188 000	3.156,95 €	
aus dem Festgeld-Konto 690 188 000	0,00 €	
aus dem Kongresskonto 010 188 000	988,73 €	
Summe	4.145,68 €	4.145,68 €

Überschuss von 2005		3.131,12 €
---------------------	--	-------------------

Kontostand per 31.12.2005

laufendes Konto 000 188 000	697,12 €	
Festgeld-Konto 690 188 000	7.231,15 €	
Kongresskonto 010 188 000	2,53 €	
Zahlungsverpflichtungen 2005 erledigt Jan. 2006	-654,00 €	
Übertrag für 2006	7.276,80 €	7.276,80 €

Haushaltsplan 2006

Einnahmen

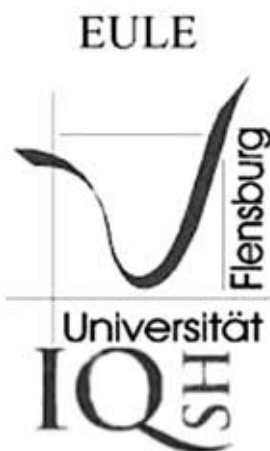
		alle Werte gerundet
Beitragszahlungen 2006 (Einzug)	43.500,00 €	
Rückbuchungen Lastschrift	-1.000,00 €	
anteilige Beiträge neuer Mitglieder 2006	800,00 €	
Zinsen Konto 690 188 000	250,00 €	
Zinsen Konto 188 000	0,00 €	
Werbung	1.000,00 €	
Einnahmen	44.550,00 €	44.550,00 €

Ausgaben

1. Arbeitskreise, Mitgliederversammlung, Kreisversammlungen	3.500,00 €	
(AWU-Vertrieb, Sitzungen, etc.)		
2. Geschäftsstelle	3.500,00 €	
(AWU, Porto, Schreibarbeiten, Telefon, Material, etc.)		
3. Vorstand	11.550,00 €	
(Telefon, V-Sitzungen, Fahrkosten, Porto, etc.)		
4. Anschaffungen	1.000,00 €	
5. Zeitung	13.000,00 €	
(Druck u. Herst., AWU, etc.)		
6. Kongress		
Gesamtkosten	12.000,00 €	
Eigenleistung Teilnehmer	-3.000,00 €	
<u>Kongress s/vsh</u>	9.000,00 €	
	9.000,00 €	
7. ASD	3.000,00 €	
(Beitrag, Tagungskosten, etc.)		
8. Sonstiges	0,00 €	
Ausgaben 2006	44.550,00 €	44.550,00 €

Netzwerk für Lehrerbildung und Schule: Die EULE in Flensburg

Wolfgang Schulz · www.eule-flensburg.de



Mit der EULE existiert in Flensburg eine kleine Einrichtung, die gemeinsam von der Universität Flensburg und dem IQSH getragen wird. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die in der Region vorhandenen Ressourcen zur Weiterentwicklung von Lehrerbildung und Schule zu bündeln und durch Initiativen und Projekte dazu beizutragen, dass die Qualität von Ausbildung und Unterricht in den Schulen zeitgemäßen Anforderungen entspricht. Das Besondere an dieser „Einrichtung der Universität Flensburg und des IQSH für Unterrichtsentwicklung, Lernkultur und Evaluation“ ist die Tatsache, dass mit der gemeinsamen Trägerschaft der beiden in Schleswig-Holstein für die Lehrerausbildung zuständigen Institutionen zum ersten Mal der Versuch gemacht wird, über punktuelle und individuelle Zusammenarbeit hinaus einen strukturellen Ansatzpunkt zu schaffen, um die gemeinsame Aufgabe der Lehrerbildung weiter zu entwickeln.

1. Die Ausgangssituation:

Die Lehrerbildung in Deutschland befindet sich zur Zeit in einer Umbruchphase. Sie steht nicht erst seit der Veröffentlichung der PISA-Studien und des OECD-Berichtes unter Veränderungsdruck. Der politische Wille einer europaweit einheitlichen konsekutiven Lehrerbildung („Bologna-Protokoll“) und die unter ökonomischen Gesichtspunkten geforderte Verkürzung der im europaweiten Vergleich zu langen Ausbildungsdauer haben dazu geführt, dass die in der Tradition der Lehrerbildung seit längerem bekannten Defizite wieder einmal in das Blickfeld der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion geraten sind.

Die Geschichte der Lehrerbildung ist gekennzeichnet durch immer wiederkehrende Problemdefinitionen:

- **Segmentierung:** Die drei Ausbildungsphasen bilden drei unverbundene und vielfach gegeneinander arbeitende Ausbildungsphasen, die zudem weitgehend gegeneinander abgeschottet sind.
- **Fragmentierung:** Die an der Lehrerbildung beteiligten Fächer bilden unzusammenhängende Fragmente, die keinen inneren Zusammenhang aufweisen und die eine Ausrichtung auf das Ausbildungsziel vermissen lassen.
- **Marginalisierung:** Die Lehrerbildung spielt an den Universitäten nur eine randständige Rolle. Die fehlende Profilierung führt dazu, dass sie in den Hochschulen in Deutschland weitgehend nur als kapazitätsgünstige Randscheinung auftritt, die in den Leitbildern keine Rolle spielt. Für die Lehrerbildung fühlt sich niemand wirklich zuständig.

Mit der Einführung der Bachelor-Master-Studienstruktur und der Modularisierung der Ausbildung geht die Hoffnung einher, zumindest in Ansätzen die damit verbundenen Chancen zu nutzen.

2. Entwicklungslinien der Lehrerbildung

In der gegenwärtigen Situation zeichnen sich einige Linien der zukünftigen Entwicklung ab, wenn gleich zugestanden werden muss, dass die Vielfalt der Konzepte und die Offenheit der Perspektive bezüglich des zukünftigen „Lehrer-Masters“ noch erheblichen Klärungsbedarf mit sich bringen.

Die Gesamtdauer der Erstausbildung und der Berufseinführungsphase wird zugunsten des Lernens im Beruf verkürzt.

Bislang wird die Lehrerbildungsdiskussion sehr stark auf Fragen der Ausbildung in der ersten und zweiten Phase konzentriert. Dies bedeutet eine Überlastung der Ausbildung und eine Unterschätzung der Bedeutung des kontinuierlichen Weiterlernens im Beruf (Dritte Phase). Es ist eine breit dokumentierte Erfahrung, dass in allen anspruchsvollen Berufen die Ausbildung allein nicht mehr ein ganzes Berufsleben zu tragen in der Lage ist. Diese Erkenntnis muss auch im Lehrerberuf umgesetzt werden. Die Ausbildung sollte zukünftig auch hier in erster Linie die Vorbereitung auf lebenslanges, berufliches Weiterlernen sein. Lehrerinnen und Lehrer sind

nicht nur Experten für das Lernen der Schüler und zunehmend auch für die Weiterentwicklung ihrer Schule – sie sollten auch Experten für ihre eigene berufliche Weiterqualifikation sein.

Lehrerbildung wird als eine phasenübergreifende Einheit konzipiert mit den Schwerpunkten der universitären Erstausbildung, der Berufseinführungsphase und des Lernens im Beruf. Es geht um ein abgestimmtes Gesamtkonzept, nicht um die Vermischung dieser Aufgaben.

Wie in anderen Berufsfeldern, so werden auch in der Lehrerbildung und im Lehrerberuf die Grenzen zwischen Erstausbildung und Weiterbildung fließend. Hierzu gehört auch, dass – auf längere Sicht gesehen – eine zweimalige Überprüfung in Form von Staatsexamina nicht mehr ausreichen wird, sondern der Grad der Professionalisierung in größeren Abständen gewissermaßen aktualisiert werden muss.

Um insbesondere das innovative Potential von Junglehrerinnen und Junglehrern sowie von Studierenden für Schule und Unterricht zu nutzen und zu erhalten sowie ein frühzeitiges Abgleiten in Frustration und Resignation zu vermeiden, sollte insbesondere in der Ausbildungs- und in der Berufseingangsphase darauf geachtet werden, dass sowohl der „Ernstfall“ erfahren als auch die Möglichkeit zur distanzierten Reflexion gegeben werden muss.

In den zuständigen Ministerien der Länder werden nicht nur integrative Ansätze zwischen den Phasen gefordert, sondern es werden auch (zumindest in einigen Bundesländern) bereits die strukturellen Voraussetzungen geschaffen hinsichtlich der wechselseitigen Übernahme von Aufgaben etwa zwischen der I. und II. Ausbildungsphase.

Trotz all des guten Willens und vieler persönlichen Initiativen hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend heraus kristallisiert, dass eine stärkere Verzahnung von erster und zweiter Phase der Lehrerbildung (wie auch die Hochschulrektorenkonferenz in ihrer jüngsten Entschließung vom Januar 2006 feststellt), nur in einer radikal neuen Struktur realisierbar ist. Hier gilt es Phantasie hinsichtlich neuer Ausbildungsformen und Mut bezüglich eines Umbaus der Ausbildungsstrukturen zu beweisen.

3. Konzept und Arbeitsschwerpunkte der EULE

Die EULE versteht sich als Impulsgeberin für

innovative Unterrichtskonzepte und -methoden. Mittels eines umfangreichen Medienangebots soll die schulische Entwicklungsarbeit unterstützt werden. Es werden in Projektform Modellversuche mit Schulen und Kollegien im Lande durchgeführt, die (z.Zt.) die Unterrichtswirksamkeit, die Selbstständigkeit und die Eigenverantwortung des Lernens in den Schulen befördern sollen. Weiterhin werden individuell angepasste Kooperationen zwischen Schulen und studentischen Arbeits- und Forschungsgruppen gestiftet, die zu schulnahen Forschungs- und Entwicklungsprojekten führen. Begleitet werden diese Maßnahmen durch Vortrags-, Workshop- und Arbeitsgruppenangebote zu aktuellen Problemen von Bildung und Lernen.

Insgesamt stellt sich die EULE zur Aufgabe, Synergien frei zu setzen zwischen der Ausbildungspraxis von Universität und IQSH, schulnaher Entwicklungsforschung und den Erfordernissen des pädagogischen Alltags in den Schulen.

3.1 Pädomenta

In der Pädomenta befindet sich eine große Auswahl anregender Materialien und Medien für alle Unterrichtsfächer, Jahrgangsstufen und Schularten, die aus der Arbeit der ehemaligen Lernwerkstatt hervorgegangen sind. Mit diesen Materialien bietet das EULE-Team themen- und zielorientierte Fortbildungsangebote an. Alle Materialien der Pädomenta können ausgeliehen und demnächst auch online recherchiert werden. Einzel- und Gruppenberatung zur Umsetzung im Unterricht von Studierenden, Lehrkräften in Ausbildung, Kollegien in den Schulen, Fachkonferenzen, Arbeitskreisen... können auf Wunsch durch das EULE-Team erfolgen. Schwerpunkte der Angebote bilden die Förderung des eigenständigen Lernens, die Entwicklung offener Unterrichtsformen die Wirksamkeitsorientierung. In „Ideenwerkstätten“ stellen Kollegen und Kolleginnen erprobte Unterrichtseinheiten vor und tauschen Erfahrungen und Materialien aus. Von dieser Arbeit profitieren häufig auch Studierende, die genau so wie Lehrkräfte in der Ausbildung häufig beteiligt sind.

3.2 Leitprojekt

Im Rahmen eines Leitprojektes, das z. Zt. in Kooperation mit 6 Schulen unter dem Titel „Eigenverantwortliches Lernen“ läuft, werden Schulen in ihren Bemühungen unterstützt, das „Lernen lernen“ zu forcieren und die Methodenkompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern. In zweijährigen Projektvorhaben werden Kollegien bei der Erstellung und Auswertung von

entsprechenden Unterrichtsmaterialien unterstützt, kontinuierliche Fortbildungsveranstaltungen werden vereinbart.

Schulen, die sich an den Projekten beteiligen möchten, sollten ein Team von mindestens 4-6 Personen bilden. Sie werden mit unserer Hilfe Unterrichtskonzepte entwickeln, ausprobieren und reflektieren. Sie können eine Kooperation mit Studierenden eingehen, die Sie bei der Umsetzung unterstützen. Um die Wirksamkeit zu überprüfen ist eine Evaluation möglich.

3.3 Lehrerbildung und Schulentwicklung

Leitziel dieses Arbeitsbereiches ist es, die Interessen der Ausbildungs- und der Berufspraxis soweit aufeinander abzustimmen und zu koordinieren, dass die wechselseitige Kooperation eher als Bereicherung denn als Belastung der jeweils eigenen Praxis erlebt werden kann. Lehrerbildung und Schulentwicklung werden auf diesem Wege verzahnt mit dem Ziel, die traditionellen Defizite der Lehrerbildung zu überwinden und durch ein hohes Maß an Kooperation und Abstimmung abzulösen. Mit dem biografiethoretischen Konzept eines lebenslangen Professionalisierungsprozesses, der über das II. Staatsexamen hinausgeht, eröffnen sich Möglichkeiten, den Strukturwandel der Lehrerbildung (Bachelor, Master, Referendariat, Berufseingangsphase...) zukunftsweisend mit zu gestalten.

Im **Assistenzlehrerpraktikum** gewinnen die Studierenden erste Einblicke in den schulischen Alltag und in ihr zukünftiges Berufsfeld. Sie unterstützen dabei Lehrkräfte über ein Schuljahr hinweg u.a. bei Differenzierungs- und Individualisierungsmaßnahmen und übernehmen eigenverantwortlich abgegrenzte pädagogische Aufgaben.

In der **Forschungswerkstatt** erleben Studierende, was forschendes Lernen an konkreten Schulprojekten bedeutet, während die Schulen Unterstützung bei der Aufklärung der vielfältigen „kleinen Fragen des Schulalltags“ bekommen. So werden das Studium bereichert und Entwicklungsprozesse in Schule und Unterricht durch studentische Forschungsarbeit unterstützt. Absprachen mit einzelnen Schulen sind jederzeit möglich, z. Zt. laufen Projekte im Zusammenhang mit der Einrichtung offener Ganztagschulen, mit Förderkonzepten zur Vermeidung von Klassenwiederholungen und mit dem Einsatz von zukünftigen Lehramtsstudierenden in Schulen im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres.

Darüber hinaus wurde mit der **Praxisbörse**

(<http://www.eule-flensburg.de/Praxisboerse.htm>) eine Informations- und Kommunikationsplattform geschaffen, in der Kontakte zwischen Studierenden und Schulen gestiftet werden – von Seiten der Schulen genutzt anlässlich von Klassenfahrten, Projektwochen etc, von Seiten der Studierenden in Form von Nachhilfeangeboten und speziellen Kompetenzen im musischen oder sportlichen Bereich.

Schließlich können auch **Kompetenzzentren** der Universität angefragt werden zu Informationszwecken oder um konkrete fachspezifische Vorhaben zu verabreden.

Begleitend zu den beschriebenen Initiativen und Projekten werden in regelmäßigen Abständen **Vortragsveranstaltungen**, Arbeitsgruppen und Workshops angeboten, die zusätzliche Impulse in der regionalen Bildungsdiskussion für Fachleute und für die interessierte Öffentlichkeit vermitteln sollen.

4. Ausblick

Auch wenn die Ressourcen (wie überall) äußerst knapp sind, so erscheint es doch viel versprechend, in Zeiten gravierender Veränderungen und Umbrüche in der Lehrerbildung nicht nur den Verlust einer grundständigen Ausbildung zu beklagen, sondern auch die sich durch den Wandel bietenden Chancen zu nutzen. Dies gilt insbesondere

- für den „Überkreuzeinsatz“ des Lehrpersonals an Universität und IQSH,
- für die Entwicklung von Ausbildungsformaten, in denen sich Lernende und Kollegen aus allen drei Lehrbildungsphasen begegnen,
- für die Abstimmung der Ausbildungsinhalte
- für Beiträge zur Entwicklung der Unterrichtskultur in unseren Schulen
- und insbesondere dafür, dass die innovativen Potentiale, die die jungen Menschen an den Ausbildungsplatz Schule mitbringen, zukünftig noch stärker und zielgerichtet für den Arbeitsplatz Schule genutzt werden.

Die EULE arbeitet mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften am Netzwerk für Lehrerbildung und Schule mit.

Arbeitsprogramm des s/vsh 2006

Stand 12. Mai 2006

Präambel

Dieses Arbeitsprogramm wurde vom Vorstand des s/vsh fortgeschrieben. Das Programm ist Grundlage für die Arbeit der nächsten zwei Jahre und dokumentiert den Stand der Diskussion vom 12. Mai 2006.

1 Grundsätze

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist die Interessenvertretung für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter aller Schularten Schleswig-Holsteins.

Eine zeitgemäße Schulentwicklung gelingt nur mit einer kompetenten Schulleitung. Wir wollen mit unserer Arbeit die Schulleitungen aller Schularten unterstützen und stärken.

Deshalb setzen wir uns ein für

- optimale Rahmenbedingungen der Schulleitungsarbeit,
- qualifizierte Aus- und Weiterbildung von Schulleitungen,
- zukunftsorientiertes Personalmanagement,
- konstruktive Zusammenarbeit mit Schulträgern und Schulaufsicht.
- Qualitätssicherung und -entwicklung an Einzelschulen und im Schulsystem,

Der Schulleiterverband (s/vsh) ist zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner geworden.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder insbesondere gegenüber

- dem Ministerium,
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen,
- den Schulträgern,
- den Eltern- und Schülervertretungen,
- den Personalvertretungen,
- der Wirtschaft,
- den Gewerkschaften,
- allen demokratischen Parteien,
- anderen Verbänden,
- der Öffentlichkeit.

2 Ziele

2.1 Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Unterstützung und Stärkung von Schulleitungsarbeit

- Anerkennung des eigenständigen Berufs „Schulleiter/in“
- Entwicklung eines Berufsbildes „Schulleiter/in“
- Eine den wachsenden Aufgaben von Schulleitung angepasste Leitungszeit nicht nur für Schulleiter, sondern auch für Stellvertreter
- Qualifizierte Ausbildung vor Übernahme eines Führungsamtes
- Qualifizierte Begleitung und Fortbildung im Amt
- Verbesserung der Möglichkeiten von Schulverwaltung und -organisation

Um diese Ziele zu erreichen ist die Stärkung und Verbesserung der Verbandsarbeit notwendig:

- Weiterentwicklung der schulartbezogenen und schulartübergreifenden Arbeit
- inhaltliche Arbeit in den Kreisen
- Verbesserung der Leistungen für Mitglieder
- Erhöhung der Mitgliederzahl
- Optimierung der Arbeit in den Tätigkeitsfeldern
- Stärkung der Transparenz der Verbandsarbeit

2.2 Einflussnahme auf schulpolitische Weichenstellungen, um Qualität von Schule zu sichern und weiter zu entwickeln

- Mitbestimmung bei Personalentscheidungen
- Mitgestaltung des Qualitätssicherungssystems
- Anpassung der rechtlichen Stellung von Schule und Schulleitung

3 Arbeitsschwerpunkte

3.1 Stärkung der Selbständigkeit

Ausgangslage:

Die vor Jahren vom Ministerium angeregte Verstärkung der Eigenständigkeit der Schulen wurde durch zahlreiche eng gefasste Erlasse und Verordnungen nicht nur nicht realisiert, sondern darüber hinaus auch noch stark eingeschränkt.

Kernforderungen an das Ministerium:

- Rückbesinnung auf die ursprünglichen Ziele
- Einbeziehung des slvsh bei Planung von Erlassen und Verordnungen.

Aktivitäten des slvsh:

- Gespräche mit dem Ministerium
- Mitarbeit in Arbeitskreisen des Ministeriums und des Bildungsausschusses.

3.2 Qualitätssicherung

3.2.1 Recht auf Mitbestimmung bei Personalentscheidungen

Ausgangslage:

In der heutigen Situation bei individuellen Schulprogrammen und darauf basierenden selbstständig erarbeiteten Förder- und Unterrichtskonzepten haben die Schulleitungen der Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen nur bedingte Einflussnahme auf Personalentscheidungen. Dies widerspricht der geforderten Qualitätsentwicklung von Schulen.

Kernforderungen an das Ministerium:

- Einstellung, Abordnung und Versetzung von Lehrkräften durch Schulleitungen
- Einstellung, Entlassung und Versetzung weiterer Beschäftigter in Schule durch Schulleitungen
- Mitbestimmung auf Besetzung von Funktionsstellen durch Schulleitungen

Aktivitäten des slvsh:

- Gespräche mit dem Ministerium
- Mitarbeit in Arbeitskreisen des Ministeriums und des Bildungsausschusses.

3.2.2 Weiterentwicklung eines Qualitätssicherungssystems

Ausgangslage:

Neben EVIT als Zentrum eines Qualitätssicherungssystems gibt es einzelne, aufgelegte Elemente (wie z.B. VERA, Parallelarbeiten, Verlässliche Grundschule, „Jede Stunde zählt“), die die Qualität von Schule verbessern sollen. Ab Schuljahr 2004/2005 gibt es verbindliche Standards in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch für den Mittleren Bildungsabschluss. Ab Schuljahr 2005/2006 gelten die Standards für Deutsch und Mathematik in der Grundschule.

Die Rahmenbedingungen und die Umsetzung

sind zum Teil unklar.

Kernforderungen an das Ministerium:

- Abgleich Standards – Lehrplan
- Zeitlicher Ausgleich für Schulleitung, insbesondere bei der Teilnahme am EVIT-Team
- Klare und deutliche Formulierung der Vorgaben für Standards und andere Zielformulierungen
- Einbeziehung vom slvsh bei der Erstellung von Instrumenten zur Qualitätssicherung
- Bessere Ausstattung mit Lehrerstunden für die Verlässliche Grundschule
- Zeit für Qualitätssicherungsmaßnahmen
- Transparenz der Verfahrensweisen in der Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Schulaufsicht (Planstellenverteilung, „Jede Stunde zählt“, ...)
- EVIT für Schulaufsicht
- Finanzierung verbindlicher Fortbildung

Aktivitäten des slvsh:

- Verbandsinterne Veranstaltungen zu diesem Themenbereich
- Gespräche mit der Schulrätevereinigung
- Gespräche mit dem Ministerium
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Ministeriums

3.2.3 Anpassung der rechtlichen Stellung von Schulleitung

Ausgangslage:

Die Schulleitungen an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen haben kein Disziplinarrecht. Damit ist ihnen die Möglichkeit genommen, auftretende Probleme im Personalbereich vor Ort auch disziplinarisch zu lösen. Andererseits werden die Schulleitungen aber herangezogen, dienstliche Beurteilungen über Kolleginnen und Kollegen anzufertigen. Die daraus folgenden Verwaltungsakte führt aber die untere Schulaufsicht durch.

Mit Einführung der OVP wird der Schulleiter jedoch „Dienstvorgesetzter“ für die LiA. Er hat für diese dienstliche Beurteilungen anzufertigen. Die im neuen Schulgesetz vorgesehene Unterstellung der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen unter die oberste Schulaufsicht und das damit verbundene Disziplinarrecht für diese Schulleiter schafft Schulleiter unterschiedlicher Wertigkeit.

Kernforderungen an das Ministerium:

- Veränderung des Status vom Vorgesetzten zum/r Dienstvorgesetzten für alle Schulleiter gegenüber Lehrkräften.
- Bei schulbezogener Ausschreibung müssen der Schule die Auswahl und die Entscheidung übertragen werden.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Rechtliche Stellung von Schulleitung“

Aktivitäten des slvsh:

- Gespräche mit dem Ministerium
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe des Ministeriums
- Mitarbeit im ASD in Hinblick auf eine bundeseinheitliche Regelung (KMK)

3.3 Verbesserung der Rahmenbedingungen

3.3.1 Schulleitung und Leitungszeit

Ausgangslage:

Durch zusätzliche Verordnung vor allem im Bereich der systematischen Unterrichts-, Organisations- und Personalentwicklung sowie der OVP werden die Aufgaben der Schulleitung immer mehr erweitert. Das Ministerium erkennt zur Zeit den eigenständigen „Beruf Schulleiter“ nicht an. Die Leitungszeit muss deshalb so bemessen sein, dass die anfallenden Aufgaben bewältigt werden können. Dies ist bei der jetzigen Regelung nicht der Fall.

Kernforderungen an das Ministerium:

- Anerkennung des eigenständigen Berufs „Schulleiter“ (Forderung an alle schulpolitisch tätigen Gruppen)
- Entwicklung eines Berufsbildes „Schulleiter und Stellvertreter“
- Eigenständige Arbeitszeitregelung „Schulleiter und Stellvertreter“
- Die Hälfte der Pflichtstundenzahl als Höchstgrenze der Unterrichtsverpflichtung für Schulleiter
- Die Hälfte der Leitungszeit des Schulleiters als Minimum für Stellvertreter
- Generelle Unterrichtsverpflichtung beibehalten
- Zuweisungen personen- und aufgabenbezogen, unabhängig von der Schulart/-Schulform
- Zeitbudget im Umfang der Leitungszeit des Stellvertreters für temporäre Führungsaufgaben

Aktivitäten des slvsh:

- **Mitarbeit in einer zu schaffenden Arbeitsgruppe zum Berufsbild und zur Arbeitszeit.**
- **Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Verankerung auf Bundesebene (ASD).**
- Über den ASD die KMK für eine bundeseinheitliche Regelung für das Berufsbild Schulleiter zu gewinnen.

3.3.2 Fürsorgepflicht – Besetzung frei werdender Leitungsstellen

Ausgangslage:

Zu viele Schulleiter- bzw. Konrektorenstellen bleiben zu lange unbesetzt. Währenddessen erfolgt kein finanzieller Ausgleich bei der kommissari-

schen Übernahme von Schulleitungsaufgaben durch Konrektoren oder andere.

Der finanzielle Anreiz, sich um eine Führungsposition (auch Konrektor) zu bewerben, ist zu gering. Die Ernennung zum Stellvertreter erfolgt unverhältnismäßig spät.

Kernforderungen an das Ministerium:

- Überarbeitung der Besoldungsgrundlagen
- Mit Ablauf der Probezeit muss die Ernennung zum Konrektor und die Einweisung in die Planstelle erfolgen.
- Rechtzeitige Ausschreibung und umgehende Besetzung frei werdender Schulleiterstellen

Aktivitäten des slvsh:

- Einbringen auf Bundesebene (ASD)
- Ständige Hinweise auf die unzumutbare Praxis (Stellvertreter) auch in der Presse
- Gespräche mit Schulrätevereinigung

3.3.3 Ausbildung vor/nach Übernahme eines Führungsamtes

Ausgangslage:

Die Ausbildung und Auswahl von Führungskräften in Schule und Schulaufsicht entspricht in keiner Weise ihren vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben und Verantwortungsbereichen.

Vorbereitende Maßnahmen, die in der Regel auf freiwilligem zusätzlichem Engagement basieren, wie ein Training zur Übernahme von Führungsaufgaben, finden reges Interesse.

Nach Übernahme einer Schulleiterstelle muss jeder neue Schulleiter verpflichtend an Kursen des IQSH (C-Lehrgänge) teilnehmen, um die Probezeit erfolgreich zu absolvieren.

Kernforderungen an das Ministerium:

- Qualifizierungsbausteine als Voraussetzung für eine Bewerbung
- Qualifizierung der Trainer
- Institut für Aus- und Fortbildung der Schulleiter
- Verpflichtendes Praktikum vor Amtsübernahme in Schulleiter-Ausbildungsschulen
- Transparenz des Auswahlverfahrens
- Steigerung der Attraktivität von Führungsaufgaben

Aktivitäten des slvsh:

- Gespräche mit Schulrätevereinigung
- Arbeitskreis neue Schulleiter
- Aufbau von Einstiegshilfen für neue Schulleiter im Amt:
- Regionale Mentorenschaft
- Compendium mit konkreten Planungshilfen/Fachliteratur

3.3.4 Schulverwaltung und -organisation

3.3.4.1 Ausstattung der Schulen

Ausgangslage:

Die finanzielle Ausstattung der Schulen ist unangemessen und wird den Anforderungen nicht gerecht. Die Entscheidungsmöglichkeiten der Schulleitung sind oftmals eingeschränkt.

Viele Schulen sind nur unzureichend mit Büropersonal und Hausmeistern ausgestattet. Deren Aufgaben müssen Schulleiter häufig mit übernehmen. Zudem haben die Schulsekretärinnen lediglich den Status einer Schreibkraft und nicht den einer Sachbearbeiterin. Oft sind die Arbeitsplätze nicht zeitgemäß ausgestattet.

Kernforderungen an die Schulträger:

- Bedarfsgerechte sächliche und finanzielle Ausstattung der Schulen
- Budgetierung in Absprache mit der Schulleitung
- Verbindliche Mindestausstattung mit Sekretärinnenstunden
- Aufgabengerechte Einstufung der Schulsekretärinnen und entsprechende Fortbildungsangebote
- Qualifizierte Hausmeister für alle Schulen

Aktivitäten des s/vsh:

- Gespräche mit dem Schulsekretärinnenverband
- Arbeitsplatzbeschreibung für Schulsekretärinnen (einheitlich entsprechend des Sekretärinnenhandbuchs)
- Ausstattung der Schulen mit qualifizierten Schulsekretärinnen
- Ermittlungskriterien des Zeitbudgets für Sekretärinnen nicht nach kommunalem Ermessen
- Wahlausschuss bei Schulsekretärineneinstellungen in Anwesenheit der Schulleitung (Frage-Antwort entsprechend eines Fragenkatalogs)
- Wahrnehmen von Fortbildungsangeboten
- Gespräche mit Schulträger und kommunalen Spitzenverbänden
- Anpassung der Schulausstattung an die veränderten Bedingungen
- Beteiligung der Schulleitung an Entscheidungen der Schulträger (Einbeziehung in die Planung – Agieren, nicht Reagieren)
- Wahlausschuss bei Hausmeistereinstellungen in Anwesenheit der Schulleitung (Frage-Antwort entsprechend eines Fragenkatalogs)

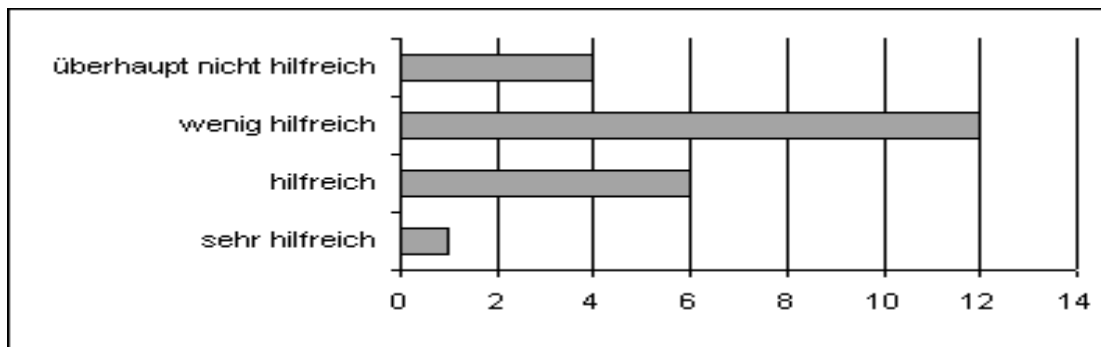
Ergebnisse der Umfrage des (s/vsh) zum Schulrechtstest für LiAs

Februar 2006

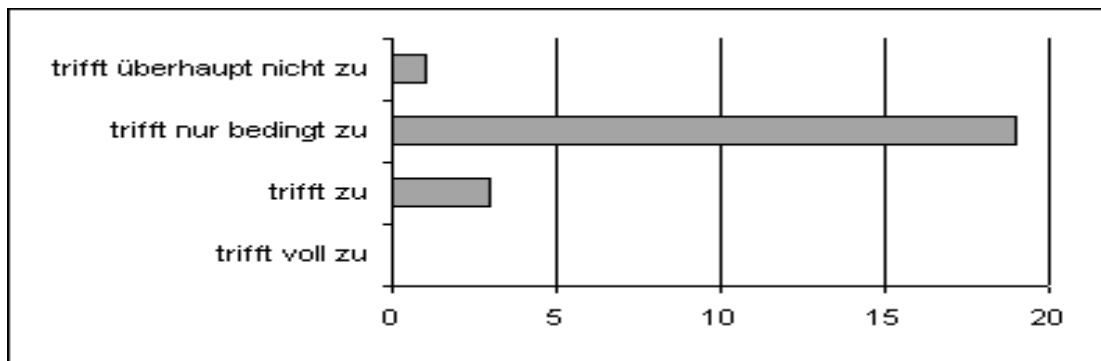
Von den Lehramtsanwärtern, die Rückmeldung gegeben haben, werden 11 in der Realschule und 12 in der Grund- und Hauptschule ausgebildet. Sicherlich sind die Ergebnisse dieser Umfrage nicht

repräsentativ, doch ist es uns wichtig, die Auswertung der Antworten sowie die zusätzlichen Bemerkungen der LiAs als Stimmungsbild zu veröffentlichen. Auf unsere Fragen antworteten sie wie folgt:

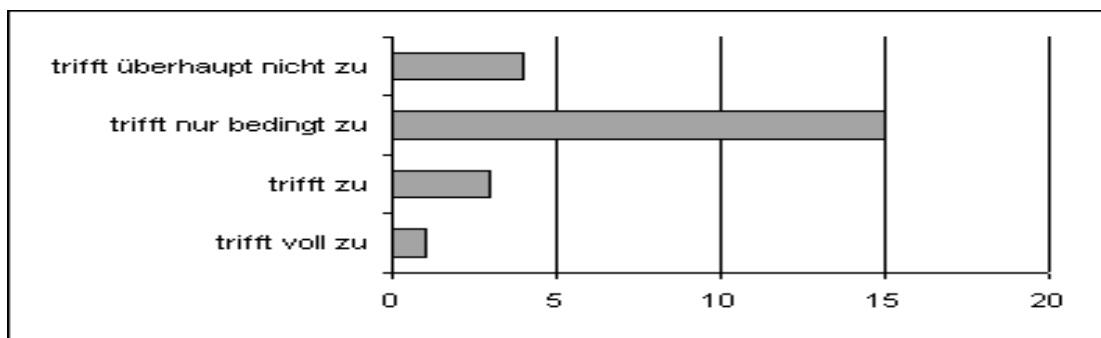
Das Modul zur Vorbereitung der Schulrechtsprüfung war...



Die Prüfungsfragen des Schulrechtstests waren so gewählt, dass sie dem alltäglichen schulischen Bereich entsprechen.



Die Aufgabenstellungen waren klar, eindeutig und meines Erachtens fehlerfrei. Diese Aussage ...



Zusätzliche Bemerkungen der LiAs aus der Realschule (wörtlich wiedergegeben):

- Es ist eine gewagte Annahme, dass 2 x 4 Std. kompakt zu einer hinreichenden Vorbereitung oder gar zu hinreichenden Kenntnissen des Schulrechts führen!
- Das Modul war im Mai 2005, der Test im Februar 2006; es wurden keine Beispielaufgaben gegeben, der zu lernende Bereich nicht / kaum eingegrenzt. GHS und Gym werden anders und besser vorbereitet; die Aufgaben waren schwierig.
- Fragen zum Bereich Grundschule in der Prüfung für LiAs der Realschule sind in der Vorbereitung (Modul) nicht relevant gewesen. Wir wurden auf allgemeine und schulartbezogene Fragen der RS vorbereitet.
- Obwohl wir uns einloggen mussten, war der Raum in Elmshorn überfüllt (zudem ungelüftet). Zusatz zu den Aufgabenstellungen: Einige Fragen waren als „Fangfragen“ formuliert.
- Es wäre sehr hilfreich gewesen, wenn man vorher einige konkrete Übungsaufgaben zum Üben gehabt hätte, damit man gewusst hätte, was genau auf einen zukommt.
- Auf einen Nenner gebracht: Null Input geben, maximalen Output erwarten!
- Das Schulrechtsmodul war gut strukturiert und gut geplant, aber wenig vorbereitend auf den Test. Konkrete Übungsaufgaben als Vorbereitung für den Test (besonders in ihrer Zweideutigkeit) wären hilfreich gewesen.
- Acht Stunden Modul zum Thema Schulrecht sind zu wenig. Mehr Praxisbezug wäre wünschenswert. Schulrechtsmodule sollten regelmäßig über die Ausbildung verteilt angeboten werden.

Zusätzliche Bemerkungen der LiAs aus der Grund- und Hauptschule (wörtlich wiedergegeben):

- Im Gegensatz zu den Aussagen der Modulanbieter handelte es sich beim Test nicht vorrangig um „Fallbeispiele“ – es wurde dezidiertes Wissen abgefragt.
- Man hätte gleich erzählen müssen, dass es im Prinzip um das AUSWENDIGLERNEN sämtlicher Ordnungen und Erlasse geht, das hätte zumindest der Wahrheit entsprochen.
- Es gab 2 – 3 Fragen, auf die wir uns weder durch das Schulrechtsmodul noch durch das Schulgesetz vorbereiten konnten. Meines Erachtens reine „Ratefragen“. Das darf nicht sein!
- Ich fand es schwach, dass man uns im Dezember beim Termin zur Prüfungsvorbereitung keine einzige Beispielaufgabe zeigen

konnte. Dies wäre bestimmt hilfreich gewesen, um Unsicherheiten gar nicht erst aufkommen zu lassen.

- Positiv: Aufteilung in schulartübergreifende und schulartspezifische Fragen. Verbesserungsvorschläge: 1. mehr Fragen zum alltäglichen schulischen Bereich, 2. weniger zweifelhafte (uneindeutige) Antworten.
- Es gab leider viel zu wenige Möglichkeiten sich vorzubereiten. Es wäre wichtig, mehr Beispielaufgaben zur Verfügung zu stellen.
- Als ungünstig habe ich die lange Zeitspanne zwischen Schulrechtsmodul und Test empfunden. Die in der Praxis zur Verfügung stehenden „Hilfsmittel“ (Schulrecht, Erlasse usw.) durften leider nicht benutzt werden. In den meisten Pflicht- (und Wahl-)modulen wurden schulrechtliche Dinge i.d.R. nicht bzw. nur ungenügend angesprochen.
- Der Test sagt meiner Meinung nicht aus, ob ich mich im Schulrecht wirklich auskenne oder nicht. Vielmehr, ob ich die Fragen und Antworten richtig interpretiert habe. Eine mdl. Prüfung ist viel sinnvoller.
- Das Modul hat mich leider überhaupt nicht auf den Test vorbereitet, da es im Mai 2005 stattfand und bis dahin nicht klar war, wie der Test aussehen würde. Mir hätte geholfen, wenn beim Test die Anzahl der richtigen Antworten vorgegeben worden wäre.
- Den Schulrechtstest als Multiple-Choice-Test zu verfassen wäre vielleicht in Ordnung gewesen, wenn die richtige Anzahl von Antwortmöglichkeiten angegeben werden würde. So wurde man durch die oftmals schwammigen Aufgabenstellungen so verunsichert, dass ich im Laufe der einen Stunde (eigentlich war ich nach 15 Minuten fertig) immer mehr angekreuzt habe und Sachen verändert habe. Dafür, dass ich vor dem Test eigentlich das Gefühl hatte, Schulrecht gut zu beherrschen, war dieser Schulrechtstest für mich und meine 2. Staatsprüfung sehr enttäuschend!
- Die Fragen waren nicht, wie angekündigt, Fallbeispiele, sondern viel zu allgemeine Fragen. Schade, dann hätte ich mich anders vorbereitet!
- Fragen zur Aufsicht und zu Wanderfahrten fehlten gänzlich, obwohl sie den Schulalltag häufig begleiten. Der Aufbau der Fragen entsprach nicht den veröffentlichten Beispielaufgaben. Das Ziel, „grundlegende Kenntnisse relevanter rechtlicher Rahmenbedingungen“ (IQSH) zu prüfen, wurde durch überzogene Erwartungen verfehlt.

ASD-Frühjahrstagung am 24. und 25. März 2006 in Potsdam

gemeinsam mit dem ESHA General Board Meeting

Am 24. und 25. März 2006 fand in Potsdam die Frühjahrstagung des ASD (Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e.V.) statt. Im Rahmen dieser Frühjahrstagung fand eine gemeinsame Veranstaltung mit den Teilnehmern des General Board Meetings von ESHA (European School Heads Association), der Europäischen Schulleitervereinigung, statt. Zur Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus mehr als 25 europäischen Ländern sowie aus 15 deutschen Bundesländern sprachen der Vorsitzende des ASD, Walter Rossow, sowie die amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die schleswig-holsteinische Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave:

Begrüßung der Teilnehmer an der gemeinsamen Tagung von ESHA und ASD durch den Vorsitzenden des ASD Walter Rossow

Sehr geehrte Frau Präsidentin Erdsiek-Rave, sehr geehrter Herr Professor Westburnham, sehr geehrter Herr Präsident Dr. Mielke, liebe Kolleginnen und Kollegen aus gut 25 Ländern Europas,

im Namen des Allgemeinen Schulleitungsverbandes Deutschlands darf ich Sie hier in Potsdam recht herzlich begrüßen.

Zum ersten Mal findet ein ESHA General Board Meeting im Rahmen einer ASD-Tagung statt und zum ersten Mal nimmt an einer ASD-Tagung die Präsidentin der deutschen Kultusministerkonferenz teil.

Darüber, Frau Erdsiek-Rave, freuen wir uns natürlich riesig, machen Sie doch mit Ihrer Anwesenheit Ihre Wertschätzung von Schulleitung – einerlei ob in Deutschland oder in den vielen hier anwesenden europäischen Ländern – deutlich.

Liebe europäische Kolleginnen und Kollegen, heute Morgen haben Sie die Gelegenheit wahrgenommen Schulen zu besuchen. Dabei haben Sie etwas über Schulen in Brandenburg, vielleicht auch etwas über das Schulsystem in Brandenburg erfahren, Sie haben aber nichts darüber erfahren, wie die deutsche Schule oder aber das deutsche Schulsystem aussehen. Das war auch nicht möglich, gibt es doch weder die deutsche Schule noch das deutsche Schulsystem.

Lassen Sie mich unseren europäischen Gästen erklären, was ich damit meine und dafür – liebe Kolleginnen und liebe Kollegen – einen kleinen Ausflug in die deutsche Nachkriegsgeschichte machen. Wie Sie sicherlich alle wissen, trafen

sich vom 17. Juli bis 2. August 1945 nicht weit von hier die vier Siegermächte im Potsdamer Schloss Cecilienhof. Im so genannten Potsdamer Abkommen wurde damals neben anderem die Dezentralisierung Deutschlands festgelegt. Dieser Festlegung durch die Alliierten verdankt Deutschland die föderalistischen Strukturen, die dann von den Vätern unseres Grundgesetzes in diesem festgeschrieben wurden. So entwickelte sich in den Jahren von 1949 bis 1990 auf der einen Seite unseres geteilten Vaterlandes in jedem Bundesland und in Berlin eine eigenständige Landesbildungspolitik, während im anderen Teil die Bildungspolitik zentralistisch ausgerichtet wurde. Bei der Wiedervereinigung im Jahre 1990 verpasste man dann – meiner Meinung nach – die große Chance, die Vorteile aus beiden Systemen zusammenzuführen. Eine der Folgen sehen Sie heute hier: Neben den Delegierten aus 25 europäischen Ländern sitzt nicht der **Vertreter Deutschlands**, sondern sitzen die ASD-Beauftragten aus 15 deutschen Bundesländern.

Aber lassen Sie mich Ihnen die Folgen des Föderalismus in Deutschland noch an zwei weiteren Beispielen aufzeigen: Im halbjährlichen Rhythmus treffen sich die Regierungen Frankreichs und Deutschlands und damit auch die Bildungsminister. Dann können diese beiden sich über alle bildungspolitischen Bereiche unterhalten, nur über Schule werden sie nicht reden, weil zwar der französische Bildungsminister für die Schulen Frankreichs verantwortlich ist, die deutsche Bildungsministerin in diesem Bereich dagegen keinerlei Weisungsbefugnisse hat.

Oder aber nehmen wir die Rechtschreibreform. Waren ihre Anfänge 1996 noch mit einem Sturm vergleichbar, so ist das, was davon heute übrig geblieben ist, gerade mal ein laues Lüftlein. Nur mit Ach und Krach haben sich die deutschen Kultusminister Anfang dieses Monats auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Natürlich könnte man auch noch einen Blick auf dieses kleine nette oberitalienische Städtchen namens PISA werfen, welches zwar ein Weltkulturerbe beherbergt, mit Bildung aber eigentlich recht wenig zu tun hat. Alle drei Jahre schaut man in Deutschland zwar ganz gespannt auf die Ergebnisse des internationalen Vergleichs, doch scheinen mir diese hierzulande längst nicht so wichtig zu sein wie die Feststellung, an welcher Stelle letztendlich das eigene Bundesland im Ranking der bundesdeutschen Länder steht.

So viel, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu der Besonderheit des Schulsystems im föderalisti-

schen Deutschland.

Doch lassen Sie mich zurückkommen zum eigentlichen Anlass der Tagungen von ESHA und ASD. Wichtig ist in einer Zeit, in der die Bildung junger Menschen einen immer höheren Stellenwert bekommt, der regelmäßige Austausch derjenigen, die vor Ort für den Erfolg die Verantwortung tragen. Und das sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur in Deutschland, sondern in allen heute hier anwesenden Ländern die Schulleitungen – und lassen Sie mich das an dieser Stelle mit einfügen, unter Schulleitung verstehe ich nicht nur die Schulleiterin bzw. den Schulleiter, sondern selbstverständlich auch deren Stellvertreter. Damit es zu dem eben angesprochenen Erfolg auch wirklich kommt, müssen Bewerber Unterrichtserfahrungen nachweisen und es muss neben qualifizierten Auswahlverfahren eine berufsvorbereitende Ausbildung sowie eine berufsbegleitende Fortbildung geben. Nur dann wird man mit Überzeugung feststellen können: „Schule ist nur so gut wie ihre Schulleitung“ oder anders gesagt **„Ohne gute Schulleitung gibt es keine gute Schule!“**

Grundlage für diese Ausbildung muss das Berufsbild „Schulleitung“ sein. Dabei ist wichtig, dass dieses Berufsbild anerkennt, dass Schulleitung keine Lehrertätigkeit mit ein wenig Verwaltungsarbeit ist, sondern dass diejenigen, die in diesen Aufgabenbereich wechseln, dann einen völlig neuen und eigenständigen Beruf ausüben. Das wird in Deutschland zwar von vielen Kultusministern anerkannt, doch haben sie es äußerst schwer, dieses auch ihren Kabinettskolleginnen und -kollegen verständlich und einsehbar zu machen. Vielleicht – nein ich habe Vertrauen in die Einsicht bei Politikern – sicherlich würde sich hier etwas ändern, wenn man sich die Aufgaben von Schulleitung in schriftlicher Form vor Augen führen kann.

Wahrscheinlich wäre es dann auch leichter, sich auf die seit Jahren bestehende Notwendigkeit einer eigenständigen Arbeitszeit für Schulleitung zu einigen. Hier langt es einfach nicht mehr, nur den Begriff „Leitungszeit“ zu übernehmen, sondern Schulleitung muss zukünftig genug Zeit haben, um in einer eigenverantwortlichen Schule für Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung Sorge tragen zu können. Dieses wird nicht – wie einige selbsternannte Experten, vornehmlich Finanzminister, meinen – durch Wirtschaftsassistenten oder ähnliches leistbar sein. Hier – glaube ich – lohnt sich der Blick über den Tellerrand in andere europäische Länder wie zum Beispiel Belgien, Frankreich, Italien oder auch Dänemark.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich hoffe, dass Ihre heutige Teilnahme der Beginn für eine frucht-

bare Zusammenarbeit zwischen KMK und ASD sein wird, an deren Ende wir uns auf gemeinsame Aussagen zum Berufsbild, zur Ausbildung, zur Arbeitszeit, zur Rechtsstellung und vor allem zur Gleichbehandlung von Schulleitung in allen deutschen Bundesländern festlegen können, die dann auch noch von jedem unserer 16 Bundesländer übernommen werden. In diesem Zusammenhang fällt mir der Spruch von Neil Armstrong bei der Landung auf dem Mond im Jahr 1969 ein, zwar weit entfernt von uns gemacht, aber in Abwandlung auch heute noch gültig:

„Frau Präsidentin, das wäre ein kleiner Schritt für Sie und Ihre Ministerkolleginnen und -kollegen, aber es wäre ein riesiger Schritt für die deutschen Schulleitungen.“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen noch einen schönen Aufenthalt in Potsdam, viele interessante Gespräche am Rande dieser Tagung und darf nun die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Frau Ute Erdsiek-Rave, bitten, zu uns zu sprechen.

Begrüßung der Teilnehmer an der gemeinsamen Tagung von ESHA und ASD durch die Präsidentin der Kultusministerkonferenz Ute Erdsiek-Rave

- Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

Schulleiter zählen zu den wichtigsten Partnern jeder Bildungsministerin. Nicht nur „top down“, indem sie Reformen verantwortlich umsetzen, sondern auch „bottom up“, indem sie Probleme, Schwierigkeiten, Erfolge, Ideen an ihre Ministerin herantragen - sei es auf direktem Wege, sei es indirekt über die Schulaufsicht oder über ihre Vertretungen wie den Schulleiterverband.

Herr Rossow, den Sie gerade gehört haben, ist also in meinem Bundesland Schleswig-Holstein mit seinem Verband ein entsprechend wichtiger Partner.

Deshalb bin ich heute sehr gern hierhergekommen und begrüße es sehr, dass bei einer solchen internationalen Tagung der berühmte Blick über den Tellerrand neue Impulse ermöglicht und das selbst leistet, was wir von unseren Schulen insgesamt fordern: dass sie sich öffnen für ihre Umwelt, dass sie europäisch denken und handeln.

Die dringlichsten Fragen, die im Zusammenhang mit Schule gestellt werden, dürften europaweit ziemlich ähnlich lauten:

- Wie sieht eine gute Schule aus?
- Wie messen wir die Qualität von schulischem Erfolg?

- Wie qualifizieren wir Lehrerinnen und Lehrer für ihre täglichen schulischen Bildungsaufgaben?
- Welche Rolle spielt Schulleitung für den schulischen Erfolg - im weitesten Sinn?
- Wie muss Schulleitung organisiert und ausgebildet sein?
- Wie sichern wir den Nachwuchs (bei den Lehrkräften und bei den Schulleitungen)?
- Wie viel Transparenz, wie viel Kooperation und Partnerschaft sind notwendig? Niemand muss heute das Rad neu erfinden, deshalb steht es uns gut an, uns zu fragen: Wie lösen unsere Nachbarn diese Aufgaben? Was kann, was muss man von anderen lernen, gerade im europäischen Raum, wo bei aller Unterschiedlichkeit doch eine gemeinsame kulturelle und kulturgeschichtliche Tradition existiert?

Diese Fragen stehen ganz oben auf der Agenda jeder bildungspolitischen Debatte - in Fachkreisen ebenso wie bei der interessierten Öffentlichkeit. Jedes Land stellt sich diesen Fragen, weil jeder weiß, wie wichtig Bildung für die Zukunft des Einzelnen und für die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaften in Europa ist. Um die richtigen Antworten zu finden, ist - wie gesagt - der Blick über den Tellerrand das A und O. Deshalb begrüße ich es - auch als Präsidentin der Kultusministerkonferenz und als langjährige Bildungsministerin des nördlichsten deutschen Bundeslandes -, dass die nationalen Organisationen der Schulleiterverbände diesen internationalen, europäischen Austausch pflegen und auf diese Weise auch das Selbstverständnis als Schulleiter weiterentwickeln.

Wir in Deutschland stellen uns diesen Fragen nach mehr Bildungsqualität und mehr Bildungserfolg in besonderer Weise. Zum einen, weil wir bei der internationalen Leistungsvergleichsstudie PISA nicht so gut abgeschnitten haben, wie wir uns das erhofft haben, und zum anderen, weil wir mit unserer föderalen Struktur und der Länderhoheit in Bildungsfragen einen anderen Weg gehen als die meisten anderen europäischen Staaten.

Die Kultusministerkonferenz, die KMK, für die ich heute spreche, organisiert diese Kooperation der Länder. Dieser deutsche Sonderweg ist nicht immer leicht vermittelbar, manchmal auch auf europäischer Ebene nicht, weil unsere Partner in Bildungsangelegenheiten eher zentral organisiert sind. Aber dieser Bildungsföderalismus gehört eben zu unserer deutschen Nachkriegsgeschichte, zu unserer Tradition und zu unserer bildungspolitischen Gegenwart. Bund und Länder verhandeln derzeit ja über eine Neuorganisation der Bundesstaatlichen Ordnung, über die

„Föderalismus-Reform“. Sie wird - für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung - qualitativ und quantitativ zu einem erheblichen Zuwachs an gesamtstaatlicher Verantwortung der Länder führen:

- Wegfallen wird die „Bildungsplanung“ als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern.
- An ihre Stelle tritt die neue Gemeinschaftsaufgabe „Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich“, also die zukunftsorientierte gemeinsame Evaluation und Bildungsberichterstattung.
- Die Kultusministerkonferenz hat die vorgesehene neue Kompetenzregelung grundsätzlich gewürdigt, weil dadurch die Handlungs- und Innovationsfähigkeit der Länder erhöht wird. Sie hat jedoch auch die größere gesamtstaatliche Verantwortung hervorgehoben, die für die Ländern aus dem „Mehr an Freiheit“ resultiert.
- Geplant ist ,dass die schulische Weiterentwicklung und die gemeinsame Projektarbeit in Zukunft von der KMK koordiniert wird.
- Die Bildungsberichterstattung soll von einer Steuerungsgruppe zwischen KMK und BMBF verantwortet werden, ebenso auch die Teilnahme an internationalen Leistungsvergleichsuntersuchungen.
- Programme der Bildungsforschung sollen zwischen Bund und Ländern einvernehmlich abgestimmt werden und möglichst über die Deutsche Forschungsgemeinschaft umgesetzt werden.
- Das weitere Vorgehen wird jetzt von den Amtschefs und in einschlägigen Arbeitsgruppen abgestimmt.

Zusammenfassend kann man für den schulischen Bereich sagen: in den inhaltlichen Fragen wird sich Wesentliches durch die Föderalismusreform nicht ändern; die Probleme liegen eher im Bereich von Lehrerbesehung und Dienstrecht - hier sollen die Länder ja in Zukunft auch allein entscheiden und dies kann sich indirekt natürlich erheblich auf Schule auswirken.

Sehr geehrte Damen und Herren, es wird sich also in Bildungsfragen Manches verändern, aber die Ziele bleiben gleich: mehr Bildung, mehr Bildungserfolg, insgesamt ein höheres Abschlussniveau. Und das heißt, dass wir den Weg weitergehen, den die Länder in der KMK nach dem PISA-Schock eingeschlagen haben. Ich meine damit den grundlegenden Paradigmenwechsel zu einer empirischen Pädagogik, zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung. Einen Paradigmenwechsel also, der in vielen europäischen Ländern längst schon vollzogen

worden ist - und die vielleicht auch deshalb bei PISA weitaus besser abgeschnitten haben als wir. Unmittelbar nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse im Dezember 2001 hat die Kultusministerkonferenz deshalb sieben Handlungsfelder festgelegt, die vorrangig umgesetzt werden sollten:

- die Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich,
- die bessere Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule mit dem Ziel einer frühzeitigen Einschulung,
- die Verbesserung der Grundschulbildung, der durchgängigen Verbesserung der Lesekompetenz und des grundlegenden Verständnisses mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge,
- die wirksame Förderung bildungsbenachteiligter Kinder, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- die konsequente Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards sowie eine ergebnisorientierte Evaluation,
- die Verbesserung der Professionalität der Lehrtätigkeit, insbesondere im Hinblick auf diagnostische und methodische Kompetenz als Bestandteil systematischer Schulentwicklung,
- der Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel erweiterter Bildungs- und Fördermöglichkeiten, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Bildungsdefiziten und besonderen Begabungen.

Das sind die Handlungsfelder, die Ziele, die unverändert gelten. Sie geben den roten Faden für die tägliche Arbeit:

- Die Kultusministerinnen und -minister haben sich auf anspruchsvolle gemeinsame Bildungsziele und Standards verständigt. Seit Dezember 2003 bzw. seit Oktober 2004 liegen die Standards für Deutsch, Mathematik und die Erste Fremdsprache für den Mittleren Bildungsabschluss (10. Jahrgangsstufe) sowie für den Hauptschulabschluss (9. Jahrgangsstufe) vor, seit Dezember 2004 die Bildungsstandards für den Primarbereich (4. Jahrgangsstufe) in den Fächern Deutsch und Mathematik sowie in Biologie, Chemie und Physik für den Mittleren Schulabschluss.
- Diese Bildungsstandards sind inzwischen von allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland verbindlich eingeführt worden. Das heißt, dass die Qualität von Schule erstmals an gemeinsam vereinbarten Maßstäben, nämlich an abschlussbezogenen Regelstandards,

gemessen werden kann.

- Die Kultusminister haben darüber hinaus Verfahren entwickelt, mit denen die Wirksamkeit unseres Bildungssystems regelmäßig systematisch überprüft werden kann, denn Evaluationsverfahren gehören zwangsläufig zu Standards.
- Bund und Länder haben an der Humboldt-Universität ein wissenschaftliches „Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen“ gegründet. Es konkretisiert und überprüft diese bundesweit gültigen Bildungsstandards und trägt auf diese Weise zur Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit im Bildungssystem bei. Damit entsteht auch eine Kultur der Transparenz, der Rechenschaftslegung und der Ergebnisorientierung.
- Es besteht Einigkeit darüber, dass für Bildung und Erziehung ausreichende Ressourcen bereitgestellt und diese optimal genutzt werden müssen.
- Und es herrscht auch Einvernehmen darüber, dass die Bildungschancen aller konsequenter als bisher gewahrt werden müssen, zum Beispiel durch eine wirksamere individuelle Förderung.
- Den Rahmen dafür gibt eine Selbstständige Schule ab, die sich durch dadurch auszeichnet, dass sie ihre Eigenverantwortung aktiv annimmt. Dazu gehören Personalmanagement, Sachmittelbudgetierung, Mitwirkung und Personalvertretung, Eigenverantwortliche Gestaltung von Unterricht und Schulleben sowie Qualitätsmanagement.

Und damit sind wir automatisch beim Thema Schulleitung, bei der Frage nach der Schulleiterrolle in einer selbstständigen Schule. Noch ist das Bild in Europa eher disparat: da gibt es Schulen ohne Schulleitungen (etwa an Grundschulen in Frankreich und Luxemburg), und auf der anderen Seite Schulleitungen, insbesondere an den Schulzentren in Großbritannien, die ihre Schulen weitgehend als Manager führen und bei anhaltendem Misserfolg von der Schulaufsicht gegebenenfalls entlassen werden können. Die Bandbreite dazwischen ist sehr groß, auch bei uns in Deutschland, wo es insbesondere in den Flächenländern teilweise große Einheiten und teilweise regelrechte Zwergschulen gibt.

Der Trend geht ohne Zweifel zu einem neuen Leitbild von Schulleitung, weil sich ja auch das Bild, das Selbstverständnis von Schule verändert. Ich bitte Sie deshalb nachdrücklich darum, diese Debatte weiter zu führen: auf Verbandsebene und mit den Beteiligten, auch mit den entsprechenden Impulsen und Vorstellungen über Fortbildung bzw. Qualifizierung. Wir alle wissen, dass es Grenzen gibt, Kapazitätsgrenzen,

finanzielle Grenzen. Aber ich versichere Ihnen, dass ich immer bereit bin, pragmatisch nach Lösungen, nach Kompromissen zu suchen. Denn wir alle wissen: Der Beruf der Schulleiterin und des Schulleiters muss attraktiv bleiben, weil Qualität, Erfolg und Ansehen einer Schule ganz wesentlich von diesen Führungspersonen und Führungspersönlichkeiten abhängen. Wir brauchen Frauen und Männer, die diese Verantwortung auf sich nehmen, die ein Team führen wollen und führen können.

Es gibt viel Unterstützung dafür, auch von der EU. Sie fördert Mehrsprachigkeit und Mobilität nicht nur mit dem Comenius- und Leonardo-Programm, sondern auch mit dem in Deutschland

relativ unbekanntem ARION-Programm (als Teil des Sokrates-Programms), an dem Schulleiter und deren Vertretungen teilnehmen können. Außerdem unterstützt sie sogenannte peer-learning-Aktivitäten, an denen sich die Länder und der Bund gemeinsam mit anderen interessierten Mitgliedsstaaten beteiligen - auch mit dem Thema „Lehrer und Ausbilder“.

Ich bin sehr optimistisch, dass diese ESHA-Konferenz von Ihnen allen auch als Gelegenheit benutzt wird, um entsprechende Kontakte, Partnerschaften und Netzwerke zu stiften und die Impulse in Ihrer täglichen Schulleiter-Arbeit umzusetzen. Dabei wünsche ich Ihnen sehr viel Erfolg!

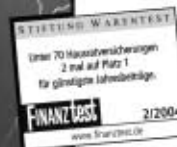


Bitte recht freundlich...!

Mit unserer Hausratversicherung bleiben Sie gelassen, auch wenn es mal blitzt.

Seit 1815 versichert der Lehrer-Feuerversicherungsverein den Hausrat seiner Mitglieder. Gegen Brand, aber auch gegen Einbruchdiebstahl, Fahrrad-diebstahl, Wasserschäden, Glasbruch, Induktionschäden u.a. Mit Feuer und anderen Gefahren können wir uns also aus. Mit teuer jedoch nicht. Erwarten Sie statt Top-Prämien lieber Top-Leistungen – schnell, verbindlich und persönlich. Wo der Haken ist? Es gibt keinen. Unsere kosteneffiziente Struktur als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit ermöglicht Tarife, bei denen anderen Anbietern das Lächeln vergeht.

Und das Heißeste: Auch Nicht-Lehrer können bei uns Mitglied werden. Besteht Ihre Versicherung diese Feuerprobe?



Mit Sicherheit Klassenbester

LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN,
HAMBURG UND MECKLENBURG-VORPOMMERN • WWW.LFV-KJEL.DE

Pressemitteilung der ASD-Frühjahrstagung in Potsdam

**Schulleitungen
vor dem Kollaps
Alarmierende
Signale von der
Bundestagung
des ASD in Potsdam**



Vom 23. – 26. März 2006 tagten in Potsdam der Allgemeine Schulleitungsverband Deutschlands (ASD) und die European School Heads Association (ESHA). Der ASD ist die Vereinigung von Schulleitungsverbänden aus 15 Bundesländern, in ESHA haben sich die Schulleitungsverbände von mehr als 30 europäischen Ländern zusammengeschlossen.

Die amtierende Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK), Frau Ute Erdsiek-Rave, betonte in ihrem Referat vor beiden Verbänden die Bedeutung und die neue Aufgabenstellung der Schulleitungen in Deutschland und Europa. Sie stellte heraus, dass Schulleitungen die zentrale Rolle für die Schul- und Qualitätsentwicklung innehaben.

Von allen anwesenden Teilnehmern wurde übereinstimmend festgestellt, dass die aufgezeigte Richtung zur Entwicklung der selbständigen Schule stimmt. Allerdings hat die Summe der seit Jahren ansteigenden Aufgaben für Schulleitungen inzwischen eine Größenordnung erreicht, die zeitlich, inhaltlich und materiell nicht mehr zu bewältigen ist. Damit ist das angestrebte Ziel der selbständigen Schule nicht erreichbar. Schulleitungen werden immer mehr zu bloßen Verwaltungsmanagern. Was Kinder und Schüler aber brauchen, sind Schulleiter, die über ausreichend Leitungszeit verfügen, ihre Schule zu gestalten und pädagogisch zu führen.

Während andere europäische Länder wie Holland die selbständige Schule bereits erfolgreich geschaffen haben, soll in Deutschland die Eigenverantwortung der Schulen zum Nulltarif funktionieren. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass auch zwischen den Bundesländern und zwischen den verschiedenen Schularten nicht nachvollziehbare Unterschiede und Ungerechtigkeiten bestehen. Die Folge ist, dass immer weniger Lehrer Leitungsaufgaben übernehmen wollen.

Die Vollversammlung des ASD warnt nachdrück-

lich vor dieser Fehlentwicklung und fordert die Gleichbehandlung aller Schulleitungen in Deutschland sowie eine angemessene Leitungszeit für alle Schulformen.

In Sorge um Bildung und Ausbildung der Schülerinnen und Schüler an den Schulen planen die im ASD versammelten Schulleiter u. a. öffentlichkeitswirksame Protestaktionen.

Fazit:

Nur ausreichend Leitungszeit ermöglicht gute Schulleitung; nur gute Schulleitung ermöglicht gute Schule; nur gute Schule ermöglicht gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler.

Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass eine gute Bildung ein wesentlicher Baustein für wirtschaftlichen Fortschritt ist.

Walter Rossow
(Bundesvorsitzender ASD)

Arbeitskreis Stellvertreter

von Klaus-Ingo Marquardt

Optimierung der Zusammenarbeit innerhalb der Schulleitung

Am 6. Juni 2006 fand im Kreishaus des Kreises Pinneberg eine Arbeitstagung für Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Grund- und Hauptschulen des Kreises Pinneberg statt. Eingeladen hatten die Schulräte des Kreises. Es ist meines Wissens die erste Veranstaltung eines Schulamtes, die ausschließlich und bewusst für die Stellvertreterinnen und Stellvertreter organisiert wurde. Der Zuspruch zu dieser Tagung war außerordentlich groß. Von ca. 60 möglichen Teilnehmern waren 45 erschienen, die anderen wären gerne gekommen, hatten aber andere Verpflichtungen. Der Zuspruch zu solchen Veranstaltungen wäre auch in anderen Kreisen ähnlich positiv, wenn man denn solche Tagungen anbieten würde.

Die Schulräte hatten mich gebeten, aufgrund meiner Funktion im Schulleiterverband ein Impulsreferat zu halten. Teile dieses Referats werden nachfolgend abgedruckt.

„Zwischen Baum und Borke, so fühlen sich die Stellvertreterinnen und Stellvertreter mitunter in ihrer Rolle zwischen Kollegium und Schulleiter. Zwischen „nichts tun dürfen“ bis „alles tun müssen“ ist in der Praxis alles möglich. Die unterschiedlichen Arbeitsmodelle und -verfahren zu erfassen, sie zu diskutieren und ggf. gemeinsam zu verändern, ist ein Ziel dieser Arbeitstagung.

Ein Berufsbild „Konrektor“ gibt es ebenso wenig wie ein Berufsbild „Schulleiter“.

Was es gibt, sind Erfahrungen und überlieferte Verfahrensweisen, die von Schule zu Schule stark abweichen können, wie wir im Laufe des Nachmittags ganz sicher noch erfahren werden.

Damit wir eine annähernd gemeinsame Grundlage als Ausgangsposition haben, zeige ich Ihnen die nachfolgende **Tätigkeitsbeschreibung** aus dem Nachrichtenblatt Nr.1/1998 Seite 56.

Konrektorinnen und Konrektoren sind Vertreter der Schulleiterinnen und Schulleiter im Bedarfsfall.

Sie nehmen

- dauerhaft
- selbstständig
- bestimmte Verwaltungs- und Organisa-

tionssaufgaben zur Sicherstellung des Schulbetriebs wahr.

Die Anforderungen an die Bewerber und Inhaber dieses Amtes werden wie folgt beschrieben:

- hohe fachliche und fachdidaktische Kompetenz
- überdurchschnittliche unterrichtliche Leistungen
- hohes Engagement für die allgemeine pädagogische Arbeit an der Schule
- Kenntnis der einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, ggf. Kenntnis von LuK-Techniken oder Bereitschaft, diese zu erwerben.
- Kreativität, Analysefähigkeit, Urteilsfähigkeit, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Konfliktfähigkeit, Durchsetzungs- und Entscheidungsvermögen, Loyalität.
- Kenntnis pädagogischer Konzepte und ggf. Erfahrungen in Fragen der Gleichstellung von Schülerinnen und Schülern
- Organisations- und Verwaltungsgeschick, Verhandlungskompetenz, Fähigkeiten zur Beratung und zur Gesprächs- und Konferenzleitung, zur vertrauensbildenden Kommunikation, zu vorausschauender Planung und zur Innovation.

Aufgabendarstellung:

- Vertretung der Schulleiterin/des Schulleiters im Bedarfsfall

In Absprache mit der Schulleiterin/dem Schulleiter:

- Erstellung des Stundenplans
- Erstellung des Vertretungsplans
- Erstellung des Aufsichtsplans
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel
- Allgemeine Organisations- und Informationsaufgaben
 - Raumpläne
 - ODIS
 - Organisation von Veranstaltungen
 -

Dieser Auflistung von überaus anspruchsvollen Eigenschaften und Kompetenzen folgten keinerlei Konsequenzen in Hinblick auf Aus- und Fortbildung der Bewerber und der Amtsinhaber. Man ist wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass Bewerber diese Eigenschaften bereits mitbringen oder sich selbst aneignen. Eine verantwortungsvolle Personalentwicklung und -füh-

rung sieht sicherlich anders aus, vor allem, wenn man bedenkt, dass aus dem Kreis der Stellvertreterinnen und Stellvertreter Nachwuchs für die Schulleiterinnen und Schulleiter heranwachsen sollte und könnte.

Aufgabenverteilung in der Praxis

Von „nichts tun dürfen“ bis „alles tun müssen“ ist in der Praxis alles möglich.

Sehr häufig bestimmen die **Traditionen der Schule** oder die **Vorlieben des Schulleiters** die Praxis in der Schule.

Eine gezielte **Fortbildung** für Stellvertreterinnen und Stellvertreter gibt es bis heute nicht, wenn wir von dieser Veranstaltung einmal absehen. Die **Leistungszeit**, die dem Stellvertreter für die Erledigung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellt wird, ist unbestritten **viel zu niedrig**. Der Umgang mit den Stellvertretern bei der **Einweisung** in die Funktionsstelle nach der Probezeit grenzt an **Ausbeutung** und ist eine **Frechheit**.

Wenn der Stellvertreter jederzeit in der Lage sein soll, die **Amtsgeschäfte des Schulleiters** zu übernehmen, dann muss er auch ständig über alle Vorgänge an der Schule **unterrichtet** sein und unaufgefordert **informiert** werden. Dazu eignen sich am besten **festе Gesprächstermine** zwischen Schulleiter und Stellvertreter.

Um die besondere **Verantwortung** und **Zuständigkeit** des Stellvertreters gegenüber dem Kollegium zu demonstrieren, muss die **Aufgabenverteilung** innerhalb der Schulleitung **klar geregelt, voneinander abgegrenzt und bekannt gegeben** werden.

Das heißt, dass der **Stellvertreter** innerhalb seiner **Verantwortungsbereiche** die gleiche **Weisungsbefugnis** gegenüber den Kollegen hat wie der Schulleiter. Der Schulleiter sollte in diese Bereiche nur „hineinregieren“, wenn das entweder untereinander abgesprochen wurde oder der Stellvertreter nicht anwesend ist.

Die Mitarbeiter in der Schule müssen sich auf die **Entscheidung** und den **Rat des Stellvertreters** verlassen können, es muss **klargestellt** sein, dass er die **Schulleitung repräsentiert**, seine **Kompetenzbereiche eigenverantwortlich ausfüllt** und im **Vertretungsfall** auch in den **Arbeitsbereichen des Schulleiters Entscheidungsbefugnis** hat. (Arpe/Doppke, Schulleitung, 1997)

Grundlage für eine **veränderte Praxis** ist eine **Bestandsaufnahme der Aufgabenbereiche** und eine ggf. **neue Verteilung der Aufgaben** in Hinblick auf gemeinsam formulierte Ziele (Schulprogramm, Ausbildungskonzept, Förderkonzept, etc).

Schulleiter und Stellvertreter müssen das **Gefühl** haben, effektiv an der Lösung der bestehenden Probleme arbeiten zu können. Die **Aufgaben** müssen dabei **lösbar, die Ziele erreichbar** sein. Die **Leistungszeit**, die dem Stellvertreter zur Verfügung steht, muss den vereinbarten **Aufgaben** entsprechen. Es spricht nichts dagegen, wenn der Schulleiter seinem Stellvertreter **Leistungszeit abgibt**, um diesen in die Lage zu versetzen, die gemeinsam verabredeten Ziele zu erreichen.

Es ist nicht verboten, die in den Stundenzuweisungen enthaltenen **Poolstunden** dem **Stellvertreter** für die Erledigung seiner Aufgaben für das **System Schule** zu geben. Eine Absprache mit ÖPR und Kollegium ist dabei selbstverständlich.

Ziel dieser **Modell-Veranstaltung** ist die **Weiterentwicklung** unseres Berufsbildes in der Funktion der Stellvertreterin / des Stellvertreters und damit auch eine **Weiterentwicklung** unseres **Selbstverständnisses**, unseres **Selbstbewusstseins** und unseres **Selbstvertrauens**. Das Mittel hierzu ist die **gezielte Aus- und Fortbildung**. Heute wurde ein entscheidender erster Schritt getan, weitere müssen folgen.

Ergebnisse der Tagung

Um eine Übersicht über die tatsächlich zu leistenden Aufgaben zu erhalten, wurden die Teilnehmer befragt, welche Aufgaben sie **eigenverantwortlich und selbstständig** zu erledigen haben und an welchen sie nur beteiligt sind.

Tätigkeit	Selbstst./eigenverantwortlich	Nicht selbstst./beteiligt
Stundenplan	25	20
Vertretungsplan	40	5
Aufsichtsplan	43	2
ODIS	37	8
Haushalt	8	37
Arbeitszeitkonten	26	19
Zeitpläne	20	25
Konferenzleitung	30	15
Statistik	4	41
Fachkonferenzleitung	17	28

Die hervorgehobenen Tätigkeiten gehören zu den „klassischen“ Aufgaben einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters. Diese Tätigkeiten sollte er selbständig und eigenverantwortlich ausführen.

Wie soll sie/er im Ernstfall die Schule führen, wenn sie/er niemals gelernt hat, Entscheidungen zu treffen und zu vertreten. Warum entlastet sich die Schulleiterin/der Schulleiter nicht von diesen Aufgaben?

Aus der Diskussion der Ergebnisse dieser Befragung und der Arbeit in Gruppen ergaben sich folgende Wünsche und Anregungen:

Wünsche an den eigenen Schulleiter/die eigene Schulleiterin:

- **Festgelegte, selbstständig zu bearbeitende und zu verantwortende Arbeitsbereiche**
- Wöchentliche Besprechungsstunde (auch mit ÖPR und Gleichstellungsbeauftragter)
- Einweisung in die wesentlichen Bestandteile der Schulverwaltungsunterlagen
- Gemeinsame Erstellung der Statistikunterlagen
- Abgesprochene Anwesenheitszeiten – geregelte Vertretung
- Gemeinsamer Schulleitungsterminkalender, damit bei Abwesenheit des einen, die Termine vom anderen wahrgenommen werden können.

Wünsche an das Schulumt:

- **Regelmäßige Konrektorentreffen** mit einem Schwerpunktthema und Möglichkeit des allgemeinen Erfahrungsaustauschs
- Einladung der Stellvertreter zu SL-Dienstversammlungen, wenn die Themen auch für Stellvertreter relevant sind.
- **Fortbildungsveranstaltungen für Stellvertreter**
 - Software für Schulverwaltung (Stundenplan/Schüler-Lehrerverwaltung)
 - Gesprächsführung
 - Zeitmanagement

Wünsche an das Ministerium bzw. das IQSH:

- **Angemessene Leitungszeit** (Hälfte der Leitungszeit der Schulleiter/in)
- **Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Stellvertreter**

Informationen aus der Geschäftsstelle

Als neue Mitglieder begrüßen wir ganz herzlich:

Konrektor	Hans-Dieter Hückelbein	RS im SchZ Egenbüttel	Rellingen
Konrektorin	Petra Giese	RS Burg	Burg

Service für die Schulleitung

s/vsh-e-info · s/vsh-e-forum

einfach und schnell online anmelden können.

Seit Dezember 2003 werden über unseren Internet-Dienst s/vsh-e-info aktuelle Informationen aus der Geschäftsstelle versandt. Wer sich noch nicht angemeldet hat, sollte dies schnell nachholen. Auf unserer Homepage www.slvsh.de finden Sie ein Anmeldeformular, mit dem Sie sich

Unser Forum s/vsh-e-forum bietet allen angemeldeten Mitgliedern die Möglichkeit, mit anderen Teilnehmern in Kontakt zu treten, um Fragen zu stellen, Meinungen zu äußern und Antworten zu geben. Auch hierfür melden Sie sich bitte auf unserer Homepage an.

Den s/vsh stärken – Mitglieder werben!

An vielen Schulen sind neue Schulleiterinnen und Schulleiter gewählt worden oder dieses steht noch bevor.

Treten Sie dafür ein, dass diese neuen Kollegen, Mitglied im s/vsh werden. Sprechen Sie sie auf Schulleiterdienstversammlungen auf unseren Verband an.

Schicken Sie die Adressen von Interessierten formlos per Fax an die Geschäftsstelle oder faxen Sie mir eine Liste Ihres Schulaufsichtsbezirks zu, auf der Sie die neuen Kolleginnen und Kollegen kenntlich machen. Nur wenn wir stark bleiben, können wir die Interessen von Schulleitung kraftvoll vertreten.

Jüngeren Kollegen droht Versorgungslücke

Durch die ständigen Eingriffe in die Struktur der Pensionen droht jüngeren Kollegen eine spürbare Versorgungslücke. Weisen Sie bitte in Ihren Kollegien auf die Möglichkeiten hin, die unter richter-versorgung.de im Internet angeboten werden

Zu viel Beitrag abgerufen!

Durch einen Fehler bei unserem Dienstleister AWU wurde bei einigen wenigen Mitgliedern (Nr. 805 – 824) ein um 5,66 € erhöhter Beitrag abgerufen. Wir werden diesen Fehler beim nächsten Abruf ausgleichen und bitten um Entschuldigung.

Die Aufgabenverteilung im slvsh

Postanschrift:	Klaus-Ingo Marquardt 24582 Wattenbek	Geschäftsführer	04322-5650	04322-691493	04322-2362	04322-888922	kmarquardt@slvsh.de
Zuständig für:	Name	Funktion im Vorstand	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail
ASD	Walter Rossow	Vorsitzender	04123 - 68 3 10	04123 - 68 31 21	04101 - 37 27 80	04101 - 37 27 82	wrossow@slvsh.de
Fortbildung	Reinhard Einfeldt	Schatzmeister	04621 - 25 0 29	04621 - 98 99 65	04621-99 90 024	04621 - 24 7 67	reinfeldt@slvsh.de
Finanzen	Uwe Niekiehl	Beisitzer	04852 - 2321	04852 - 98 20 70	04825 - 9121		uniekiehl@slvsh.de
Homepage	Günter Orgis	Schriftführer	0481 - 850 86 30	0481 - 85 086 15	0481 - 82 2 44	0481 - 82 2 66	gorgis@slvsh.de
Schriftführer	Rolf Jacoby	Beisitzer	04822 - 37 67 10	04822 - 37 67 15	04192 - 89 74 40		arjacob@slvsh.de
Kreisorganisation	Karl-Heinz Werner		04121 - 79 1 50	04121 - 79 15 18	04121 - 91 0 21		karl-heinz.werner@hanse.net
Rechtsauskünfte							
Arbeitskreise							
Zeitung	Ragna Bordel	Beisitzerin	040 - 524 15 48	040 - 529 35 16	0160 - 96486284		rbordel@slvsh.de
Neue Schulleiter							
Kleine Schulen	Christiane Franz		04121 - 83 8 06	04121 - 83 8 04	04121 - 84 08 44	04121 - 84 09 90	cfranz@slvsh.de
Realschulen	Andreas Kelber	Beisitzer	04106 - 65 36 24	04106 - 65 36 25	04191 - 86 01 61		akelber@slvsh.de
FÖZ - Integration	Nora Siegmund	Beisitzerin	0431 - 72 29 33	0431 - 72 10 69	0431 - 78 78 94	0431 - 78 59 171	nsiegmund.slvsh.de
Anhörungen	Olaf Peters	stv. Vorsitzender	04642 - 98 46 00	04642-98 46 016	04641 - 93 31 46		opeters@slvsh.de
Stellvertreter	Klaus-Ingo Marquardt	Geschäftsführer	04322 - 5650	04322 - 88 89 22	04322 - 2362	04322 - 88 89 22	kmarquardt@slvsh.de

Die Ansprechpartner in den Kreisen finden Sie ab sofort auf einer eigenen Seite.

Ihre Ansprechpartner in den Kreisen

Kreis	Schulart	Name	Teil. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail-Adresse
NF	RS	Hans-Jörg Rickert	04863 - 9150	04863 - 9151	04863 - 3605		hjricket@slvsh.de
HEI	RS	Günter Orgjs	0481- 850 8630	0481 - 85 08 615	0481 - 82 2 44	0481 - 82 2 66	gorgis@slvsh.de
	GS	Elke Reimers	04804 - 18 1 10	04804 - 18 11 22			
	HS	Uwe Niekiel	04852 - 2321	04852 - 98 20 70	04852 - 9121		uniekie@slvsh.de
FL + SL	RS						
	GHS	Olaf Peters	04642 - 98 46 00	04642 - 98 46 016	04641 - 93 31 46		opeters@slvsh.de
RD + NMS	RS	Uwe Löptien	04331 - 30 07 20	04331 - 39 3 90	04331 - 36 3 41	04331 - 37 0 52	uloeptien@slvsh.de
	GHS	Luise Kaiser	04331 - 30 07 31	04331 - 44 01 13	0431 - 56 51 10	0431 - 56 45 98	lkaiser@slvsh.de
OD	RS	Ralf Lindenthal	04533 - 8166	04533 - 3513	04533 - 8772		rlindenthal@slvsh.de
	GS	Marina Umlauff	040 - 72 29 266	040 - 78 10 47 95	040 - 72 28 833	040 - 72 28 833	mumlauff@slvsh.de
	FöZ	Constanze Pallasch	040 - 71 06 204	040 - 71 14 17 92	040 - 81 97 55 86		cpallasch@slvsh.de
OH							
PLÖ	RS	Manfred Helmert	04342 - 1028	04342 - 1029	0431 - 69 79 79		mhelmert@slvsh.de
	GHS	Gabriele Killig	04522 - 50 34 10	04522 - 50 34 18	04522 - 6338		
IZ	RS	Herbert Frauen	04124 - 4222	04124 - 93 78 50	04128 - 234		hfrauen@slvsh.de
	GHS	Claudia Sens-Görrissen	04128 - 94 21 08	04128 - 9640	04121 - 75 1 79		csensgoerrissen@slvsh.de
	FöZ	Jan Stargardt	04824 - 35 12 08	04821 - 41 4 34	04824 - 35 12 09	04821 - 74 93 84	jstargardt@slvsh.de
KI	GHS	Hauke Landt-Hayen	0431 - 60 06 920	0431 - 78 59 556	04322 - 1081	04322 - 1081	hlandthayen@slvsh.de
RZ	RS	Elisabeth Heidn-Johannsen	04542 - 83 56 67	04542 - 88 2 80	04541 - 89 83 38		eheidnjohannsen@slvsh.de
	GHS	Jörg Woelky	04509 - 87 5 00	04509 - 87 50 10	04542 - 89 8 31		jwoelky@slvsh.de
SE	RS	Klaus Noack					
	HS	Almut Hübner	04193 - 96 81 70	04193 - 96 88 43	04191 - 50 69 73		ahuebner@slvsh.de
	GS	Angelika Speck	04193 - 76 29 06	04193 - 2285	04192 - 89 89 69		aspeck@slvsh.de
	FöZ	Elisabeth Horsinka	04193 - 96 81 55	04193 - 96 81 70	04191 - 6743		ehorsinka@slvsh.de
HL	GS	Magda Sorour	0451 - 40 85 090	0451 - 40 85 09 20	04533 - 4059	04533 - 4059	emsor@gmx.net
PI	RS	Andreas Kelber	04106 - 65 36 24	04106 - 65 36 25	04191 - 86 01 61		akelber@slvsh.de
	GHS	Adelia Schuldt	04101 - 46 8 78	04101 - 40 24 69	040 - 89 65 23		almschu@aol.com
	GHS	Sibylle Leuner	04103 - 91 21 80	04103 - 91 21 820	04101 - 44 6 72	04101 - 40 35 52	ass@unser-wedel.de

Mehr Zeit für gute Schule

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist die **Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter **aller** Schularten Schleswig-Holsteins. Ihm gehören zur Zeit mehr als 520 Mitglieder an. Unser Hauptziel ist es, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen zu verbessern! Dabei machen wir deutlich, dass Führungsaufgaben **unverzichtbarer** Bestandteil von Schulleitungen sind. Gleichzeitig erarbeiten wir Konzepte für Schul- und Personalentwicklung und streben ihre Umsetzung an.



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- anderen Verbänden, ...

Der Schulleiterverband (s/vsh) - die größte und stärkste Vereinigung von Schulleitungsmitgliedern in Schleswig-Holstein - ist in den Jahren seit seiner Gründung im Jahre 1991 zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner der o.g. Institutionen geworden. Ziel des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) war und wird auch zukünftig die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühles von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung sein. Dafür wird weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet werden, die Interessen des Schulleiterberufes in allen und für alle Schularten zu vertreten, wobei stets das Motto gelten wird:

Die Schulleitungen aller Schularten stärken und keine Schulleitung einer Schulart schwächen, denn: das schafft WIR-GEFÜHL, da im Kern alle Schulleitungstätigkeit aller Schularten gleich ist!

Gemeinsam sind wir stärker!

Werden auch Sie Mitglied im Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) und senden Sie noch heute Ihre Beitrittserklärung an die Geschäftsstelle¹ ab!

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

¹ s/vsh

Beitrittserklärung

zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. slvsh

Name	Vorname	Geb. Datum		
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständiges Schulamt		
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Name und Anschrift der Schule	Dienststellen-Nr.			
<input type="text"/>	<input type="text"/>			
Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax	e-mail
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Privatanschrift				
<input type="text"/>				
Ort, Datum		Unterschrift		
<input type="text"/>		<input type="text"/>		

Ich bin damit einverstanden, dass der Jahresbeitrag von € 84,00 einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Eintrittsdatum	Unterschrift	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich. Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben)

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Bitte zurück an: **Schulleiterverband Schleswig-Holstein**
Schulstraße 6
24582 Wattenbek
oder per Fax an: 043 22 - 88 89 22

Stellungnahme des s/vsh

zum Erlassentwurf „Bilinguale Unterrichtsangebote an Grundschulen“ – Olaf Peters

Der s/vsh stimmt dem Entwurf inhaltlich zu. Er bietet interessierten Grundschulen einen gesicherten Rahmen.

Nur, ist geprüft worden, ob dieser geplante Erlass notwendig ist?

Diese Frage muss der s/vsh verneinen, da es zurzeit nur an zwei Schulen bilinguale Angebote gibt. Mag noch die eine oder andere dazu kommen, die Umsetzung des Erlasses berührt weniger als ein Prozent aller Grundschulen.

In naher Zukunft erwartet der s/vsh auch keine Steigerung der Nachfrage, wenn ein bilinguales Unterrichtsangebot doch eindeutig aus den vorhandenen Ressourcen gestaltet werden muss. Bedenkt man die Tatsache, dass die Zeiten der Begegnung mit der Fremdsprache Englisch im Schuljahr 2006/07 in der 4. Klassenstufe auch schon aus den Ressourcen genommen werden, dann können wirklich nur sehr wenige Grundschulen ihr Angebot erweitern.

Erwartet hätte der s/vsh, dass in einem Erlass, bilinguale Unterrichtsangebote, deutlich auf die Sprachen Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch hingewiesen wird, um den Artikeln 5 und 9 der

Landesverfassung Schleswig-Holsteins gerecht zu werden, nämlich die Kultur der Minderheiten (Sprache gehört dazu!) und die niederdeutsche Sprache zu pflegen und zu fördern. Die Suche nach einem „nativ speaker“ wäre vermutlich erfolgreicher.

In Ziffer 2, vierter Spiegelstrich, werden Aussagen zu curricularen Grundzügen von den interessierten Grundschulen verlangt. Eine derartige Arbeit sollen Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen, die Lehrkräfte mit der höchsten Unterrichtsverpflichtung leisten und dabei gibt es für den im Schuljahr 2006/07 startenden Englischunterricht bisher nur Handreichungen für die Erprobung der Begegnung mit der englischen Sprache.

Zum weiteren Verständnis wünscht sich der s/vsh die Benutzung der Begriffe „Oberste Schulaufsicht“ bzw. „Untere Schulaufsicht“. Andere Bezeichnungen wie Schulaufsicht oder zuständige Schulaufsicht führen nur zur Verwirrung.

Im Auftrag
Olaf Peters

Stellungnahme des s/vsh

zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in S-H - Olaf Peters

Der s/vsh betrachtet den Entwurf als beginnende Beerdigung der Schularten Hauptschule und Realschule.

Zu § 3 Abs. 1, Satz 4

Die rote Hervorhebung des „§ 4“ in der Synopse ergibt keinen Sinn.

Abs. 3

Die Erweiterung der Aufzählung um die Kindertageseinrichtungen ist logisch.

Zu § 4 Abs. 5

Gilt das Recht der Eltern, zu bestimmen welche Schule das Kind besucht, für alle Schularten?

Abs. 9 und 10

Welche Folgen haben eigentlich Verstöße gegen diese gesetzlichen Bestimmungen?

Zu § 5 Abs. 1

Die Förderung der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers als durchgängiges Unterrichtsprinzip in allen Schulen umzusetzen, erscheint bei den nicht leistungswilligen und nicht anstrengungsbereiten Schülerinnen und Schülern als ein sehr hehres Ziel.

Abs. 3, letzter Satz

Warum ist das Wort teilweise aus dem alten § 5 nicht mit übernommen worden? Es ist für den s/vsh nicht nur eine redaktionelle Veränderung!

Zu § 10 Abs. 1

Die Formulierung das für Bildung zuständige Ministerium ist zu loben.

Zu § 15

Die in den Erläuterungen erwähnte

Lehrerdienstordnung könnte auch aktualisiert werden.

Zu § 18 Abs. 3

Schülerinnen und Schüler einer Realschule, können aufgrund ihrer Leistungen im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 9 verpflichtet werden, an einer Prüfung zur Erlangung des Hauptschulabschlusses teilzunehmen.

Es bleibt die Frage offen, was geschieht mit denjenigen, die sich im 2. Schulhalbjahr verschlechtern und die Versetzung nicht schaffen? Hauptschulprüfung obligatorisch für alle in der 9. Jahrgangsstufe?

Zu § 24 Abs. 1

Der s/vsh hält die freie Wahl der Grundschule für bedenklich, da bei den Eltern häufig sehr subjektive Faktoren ihre Wahl bestimmen (bisherige Begründungen für einen Schulwechsel) und deshalb die Planungen der Schulen deutlich erschwert werden.

Zu § 25 Abs. 8

Dieser Absatz wird sehr begrüßt.

Zu § 26 Abs. 1, Ziffer 1

Ausführlich werden die Pflichten der Eltern formuliert, aber Hilfen oder gar Maßnahmen sind nicht erwähnt.

Zu § 30 Abs. 1, Ziffer 1

Was ist eine Herkunftssprache? Was spricht gegen den Begriff Muttersprache?

Zu § 32 Abs.1

Der s/vsh kann nicht erkennen, warum die Unterrichtstätigkeit im Auslandsschuldienst ein Eignungsmerkmal für die Übernahme einer Schulleitungsfunktion sein soll.

Abs. 2

Bedauerlicherweise wird die Formulierung „pädagogische Arbeit“ nicht mehr verwendet.

Ergänzt werden muss der Absatz um den Satz: **Die Schulleiterin und Schulleiter vertreten die Schule nach außen.**

Abs. 2, vorletzter Satz

Mitwirkung an der Auswahl der Lehrkräfte und dem sonstigen an der Schule tätigen Personal **ist zu wenig**, wenn man die Verantwortungsvielfalt dagegen setzt. Haben die Autoren auch daran gedacht,

dass für die Bewältigung dieser Aufgaben ausreichend Leitungszeit vorhanden sein muss.

Abs. 3

Es fehlt die Aussage: **Die Schulleiterin und Schulleiter sind Dienstvorgesetzte.**

Abs. 4

Nach „Sie üben für den Schulträger das Hausrecht aus.“ fehlt der alte Satz **„Der Schulträger hat sie in Angelegenheiten der Schule zu hören.“** Dies ist unbedingt zu ändern!

Zu § 33 Abs. 1, Satz 4

Die neu formulierten Aufgaben lassen vermuten, dass sich die Arbeit der Lehrkräfte nicht nur auf den Unterricht und damit verbundenen Arbeiten beschränkt. Doch die Arbeitszeit ist immer noch durch die unterschiedliche Pflichtstundenzahl definiert (bis zu 28 LWoStd).

Zu § 35 Abs. 2, Ziffer 5

Das Land trägt die persönlichen Kosten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, so heißt es im Abs.1.

Die Ziffer 5 in Abs. 2 ist eine Übernahme aus dem alten Schulgesetz, doch die Realität zeigt, dass diese Kosten bisher nicht erstattet wurden. Wird sich dies jetzt ändern?

Zu § 39 Abs. 1, Ziffer 1c

Zur Klarstellung sollte es heißen: in leitender Stellung in der Lehrerbildung oder in leitender Stellung im Auslandsschuldienst

Zu § 41 Abs. 3

Wer gestaltet die Prüfung?

Zu § 42 Abs. 2

Dieser Absatz müsste die Überschrift **„Tod der Hauptschule“** tragen, besonders, wenn man ihn in Verbindung mit § 18 Abs. 3 und der Aussage, dass nur am Ende der Orientierungsstufe ein Schulwechsel möglich ist, sieht.

Seit Jahren spricht man von der Notwendigkeit der Stärkung der Hauptschule. Die einzige Stärkung, die die Hauptschule erfahren hat, war die zehnte Klassenstufe. Und die wird aufgegeben. Die flexible Übergangsphase ist zwar auch freiwillig, aber kein Ersatz.

Zu § 43 Abs. 2

Hier könnte die Überschrift lauten: **Tod der Haupt- und Realschule** heißen.
Oder, das Gymnasium ist die neue Gesamtschule, denn sie kann alle Abschlüsse erteilen.

Zu § 46 Abs. 1

Wann endet die Sekundarstufe, nach 9 oder 10 Jahren?
Welche Ausbildung müssen die Lehrkräfte haben?
Gibt es an Gemeinschaftsschulen Schulleiterinnen und Schulleiter 1., 2. oder weiterer Klasse?

Zu § 50

Der Verzicht auf den Absatz 3 des § 53 wird die vorhandenen Unterschiede der Schulen in unserem Lande nicht verbessern. Der s/vsh vermisst eine für alle Schulträger verbindliche Mindestanfor-

derung für die Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung sowie die Verwaltung der Schulen.

Zu § 65 Abs.5, Satz 1

Zustimmung der Mehrzahl der Vertreter der Lehrkräfte in Angelegenheiten nach Absatz 1 Nr. 1 bis 14.

Zu § 128 Abs. 3

Mit großer Freude nimmt der s/vsh zur Kenntnis, dass es wieder Studentafeln geben wird.

Zu § 131 Abs. 1

Die Schulaufsicht gliedert sich in oberste und untere Schulaufsichtsbehörde.
Wer ist aber nun bei der Nennung Schulaufsichtsbehörde gemeint?

Im Auftrag
Olaf Peters

Stellungnahme des s/vsh

zum Erlass „Englisch in der Grundschule“ – Olaf Peters

Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.
Schulstraße 6
24582 Wattenbek

04.05.2006

Ministerium für Bildung und Frauen
Gartenstraße 6

24103 Kiel

**Erlass zur Einführung von Englischunterricht in der Grundschule ab Schuljahr 2006/07
und
Änderung des Erlasses „Einführung der Verlässlichen Grundschule“**

Sehr geehrte Frau Zimmermann,

der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) begrüßt das Ende der Erprobung der Begegnungen mit der englischen Sprache in der Grundschule. Leider gilt dieses Ende nicht für die Klassenstufe 4. Deshalb werden die Angebote wie bisher weiterhin aus der allgemeinen Unterrichtsversorgung „bezahlt“ werden müssen.

Sehr wichtig ist es für den s/vsh, dass die Wochenstunden für den Englischunterricht in der Klassenstufe 3 zusätzlich an die Schulen gegeben werden. Im Schuljahr 2007/08 muss diese Forderung dann auch für die Klassenstufe 4 und weiterhin für die Klassenstufe 3 gelten.

Wenn das Unterrichtsangebot durch Zuteilung um 2 Wochenstunden erhöht werden kann, dann ist die Erhöhung auf 19,5 Zeitstunden innerhalb der Verlässlichkeit nachvollziehbar.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage
Olaf Peters

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP)

und Antwort der Landesregierung - Ministerin für Bildung und Frauen

Englischunterricht in der Grundschule

Vorbemerkung des Fragestellers:

In ihrem „Bericht über die Weiterentwicklung des Schulsystems in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 16/495) erklärt die Landesregierung (auf S. 3): „Mit Beginn des Schuljahres 2006/07 wird Englischunterricht im Umfang von zwei Wochenstunden ab Klassenstufe 3 verbindlich eingeführt“.

1.

Auf welchen Gesamtumfang werden sich voraussichtlich die in diesem Rahmen im Schuljahr 2006/07 zu erteilenden Lehrerwochenstunden belaufen, und welchem rechnerischen Gegenwert in Lehrerstellen entspricht dieser Stundenbedarf?

Der Gesamtumfang im Schuljahr 2006/07 wird sich in diesem Rahmen auf rd. 2700 Lehrerwochenstunden belaufen. Das entspricht einem rechnerischen Gegenwert von rd. 100 Lehrerstellen.

2.

Wie soll dieser Stundenbedarf konkret gedeckt werden - a. vollständig durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte; b. durch Stellentransfer aus anderen Schulartkapiteln oder c. auf beiden Wegen (wenn ja: in jeweils welchem Umfang), oder d. auf anderem Wege (in letzterem Falle: wie soll dies konkret erfolgen)?

Der Stundenbedarf wird vollständig gedeckt durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte.

3.

Trifft es zu, dass sich der Stundenbedarf im übernächsten Schuljahr (2007/08) in etwa verdoppeln wird, wenn neben der 3. auch die 4. Grundschulklassen zwei zusätzliche Wochenstunden im Fach Englisch erhalten sollen?

(Im Falle der Verneinung: welchen Stundenbedarf - und davon abgeleitet welchen rechnerischen Gegenwert in Lehrerstellen - legt die Landesregierung für das übernächste Schuljahr zugrunde?)

Ja.

4.

Soll der zusätzliche Stundenbedarf für das Konzept „Englisch in der Grundschule“ im Schuljahr 2007/08 durch Schaffung zusätzlicher Lehrerplanstellen gedeckt werden, oder - wenn dies nicht vorgesehen ist - wie soll dies ggf. sonst erfolgen ?

Sofern unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und des Auslaufens der Vorgriffsstunde im Sonder- und Realschulbereich zusätzlich Stellen erforderlich sind, sollen sie nach Maßgabe der Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers bereitgestellt werden.

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP)

und Antwort der Landesregierung - Ministerin für Bildung und Frauen

Planstellenzuteilung für das Schuljahr 2006/07

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, sollen weitere Stellenübertragungen vorgenommen werden. Sie resultieren aus unterschiedlichen Stellenbedarfslagen einzelner Schularten aufgrund zurückgehender bzw. steigender Schülerzahlen unter Einbeziehung von Erträgen aus der Pflichtstundenerhöhung ihrer Lehrkräfte.

1.

Wie viele Lehrerstellen sollen die einzelnen Schularten im Rahmen des Planstellenbemessungsverfahrens zum Schuljahr 2006/07 erhalten, und wie viele Stellen waren es – zum Vergleich – im Schuljahr 2005/06?

Siehe folgende Tabelle

Schuljahr	2005/06	2006/07
Grund -u.		
Hauptschulen	7.242	7.282
Sonderschulen	2.042	2.023
Realschulen	3.726	3.633
Gymnasien	4.368	4.348
Gesamtschulen	1.207	1.227
Berufliche Schulen	3.219	3.291
Insgesamt	21.804	21.804

2.

Trifft es zu, dass Lehrerstellen für die Deckung des Personalbedarfs

- a. zur Einführung des Englischunterrichts ab der 3. Grundschulklasse;
- b. zur regionalen Ausweitung der Konzeption ‚Verlässliche Grundschule‘

aus anderen Schulartkapiteln in den Bereich der Grundschulen transferiert werden sollen?

Wenn ja: In welchem Umfang soll dies erfolgen, und aus welchen Bereichen werden die Stellen ggf. abgezogen?

Hinsichtlich der Deckung der o.g. Maßnahme unter a wird auf die Drucksache 16/619 verwiesen.

Für die o.g. Maßnahme unter b ist unter Anrechnung rückläufiger Schülerzahlen im Grund- und Hauptschulbereich bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Stellen des Förderfonds im Hauptschulbereich eine Verlagerung von 40 Planstellen in das Kapitel 0711 vorgesehen (siehe hierzu § 12c Abs. 2 HHG 2006).

3.

Sollen ggf. auch noch für andere Zwecke Stellenübertragungen zwischen unterschiedlichen Schulartkapiteln vorgenommen werden? Wenn ja: a. In welchem Umfang?, b. für welche Zwecke?, c. von welchen Schularten sollen die Stellen ggf. abgezogen werden?

Pressespiegel: Alle Macht dem Schulleiter?

von Ludger Fertmann Hannover – erschienen am 17. Mai 2006 im Hamburger Abendblatt

Niedersachsen: Der letzte große Baustein der Schulreformen. Gegen Widerstand von allen Seiten will Hannovers Kultusminister seine eigenverantwortliche Schule durchsetzen.

Niedersachsens Lehrer und Schüler haben seit dem Regierungswechsel Anfang 2003 eine beispiellose Reformwelle erlebt. Gestützt auf die neue bürgerliche Koalition von CDU und FDP hat Kultusminister Bernd Busemann die Orientierungsstufe als eigenständige Schule für die Klassen fünf und sechs ersatzlos gestrichen, das Zentralabitur - nach zwölf Jahren - eingeführt und die Schulen serienweise mit Erlassen etwa zum Rauchverbot oder für einen Fitnessstest überzogen.

Nie zuvor aber hat der Christdemokrat Busemann so umfassenden Widerstand mobilisiert wie mit dem gestern im Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf für die eigenverantwortliche Schule. Daß Schulen mehr Freiraum erhalten, über Stundenpläne und Lerninhalte zu entscheiden, mit diesem Ziel rennt Busemann offene Türen ein. Er setzt zur Umsetzung aber vor allem auf die Schulleiter, stärkt deren Position nachhaltig gegenüber den bislang entscheidenden Gremien - vor allem die Schulkonferenz.

Die Lehrerorganisationen vom Schulleiter- über den Philologenverband bis zur Lehrergewerkschaft GEW, Schüler- und Elternorganisationen verlangen wie die oppositionelle SPD und Grüne eine grundsätzliche Diskussion über Weg und Ziel der Reform.

Genau das aber lehnt die Regierungskoalition ab: Das Gesetz, das den Alltag an den Schulen stärker verändern wird als jede vorangegangene Reform der vergangenen 30 Jahre, soll bis zur Sommerpause verabschiedet werden. Dieser Zeitdruck wird erzeugt, obwohl die Schulreform erst im kommenden Jahr und dann schrittweise wirksam wird. Ganz offenkundig will die CDU-FDP-Landesregierung die kontroverse und teilweise hochemotionale Diskussion hinter sich bringen, damit sie nicht an die Landtagswahl Anfang 2007 heranreicht.

Wird das Gesetz verabschiedet, wird Niedersachsen das Land mit den mächtigsten Schulleitern. Sie sind dann Dienstvorgesetzte der anderen Lehrer, haben entscheidenden Einfluß auf deren Beförderung, können ihre Unterrichtsmethoden beeinflussen. Ob es Sonnabendunterricht gibt, das entscheidet der Schulleiter allein.

„Sie nehmen den Eltern Beteiligungsrechte weg“,

stellte dazu gestern in der Debatte die SPD-Abgeordnete Ingrid Eckel fest. Die Grüne Ina Kortner zitierte zur Machtverschiebung Vertreter des Landeselternrats: „Die Eltern wollen nicht nur für Schulveranstaltungen Kuchen backen, sondern ihre vielfältigen Kompetenzen aus ihrer Berufstätigkeit in die Schule einbringen.“

Für Kultusminister Busemann ist die eigenverantwortliche Schule dagegen der letzte große Baustein der Schulreformen dieser Legislaturperiode weg von einer staatlich überregulierten und hin zu einer Schule mit organisatorischen und pädagogischen Freiheiten.

Der Verband Bildung und Erziehung, der vor allem Grund und Hauptschullehrer organisiert, rechnete dagegen vor, Busemann gehe es nur um dreistellige Millioneneinsparung durch Verlagerung von Verwaltungsarbeit auf die Schulen.

Pressespiegel: „Schulen müssen kooperieren“ (SH/HH)

von Ulf B. Christen Hamburg – erschienen am 19. Mai 2006 im Hamburger Abendblatt

Erdsiek-Rave will gemeinsame Bildungspolitik

Die Föderalismusreform wird nach Einschätzung der schleswig-holsteinischen Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) noch eingedampft. „Ich gehe davon aus, daß die Reform überarbeitet wird“, sagte Erdsiek-Rave gestern dem Hamburger Abendblatt. In den Anhörungen hätten alle Experten vor Kleinstaaterei gewarnt. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die kompetenten Stellungnahmen ungehört bleiben.“

Korrekturbedarf sieht sie insbesondere bei den Hochschulen und dem Beamtenrecht. „Es ist nicht sinnvoll, daß der Bund sich völlig zurückzieht.“ Im Hochschulbereich seien die Länderinteressen sehr unterschiedlich, sagte Erdsiek-Rave, die auch Präsidentin der Kultusministerkonferenz ist. Bei einer Freigabe des Beamtenrechts drohe ein Wettbewerbsföderalismus zu Lasten finanzschwacher Länder wie Schleswig-Holstein. Die CDU/SPD-Landesregierung hat bisher offengelassen, ob sie dem Gesetzpaket im Bundesrat zustimmt.

Bei ihrem Besuch sprach sich die Ministerin zudem für eine engere Zusammenarbeit mit Hamburg in der Schulpolitik aus. „Unser Ziel muß

sein, daß Kinder aus den Umlandkreisen in Hamburg zur Schule gehen können und andersherum.“ Solche Wechsel sind bisher nur in Ausnahmen möglich, weil Land und Stadt jeweils ihre Schülerkosten in Rechnung stellen. Das komplizierte Gastschulabkommen läuft 2007 aus. Wie die Ländergrenze durchlässiger gemacht werden könnte, ließ Erdsiek-Rave offen. „Ein Konzept haben wir noch nicht.“ Sie werde mit Hamburg darüber sprechen.

„Wir sind dabei, die Kooperation mit Hamburg auszubauen.“ Als Beispiel nannte sie gemeinsame Prüfungsstandards etwa für ein Zentralabitur. Hier gilt Hamburg als Vorreiter. Beim Schul-Tüv, der ebenfalls harmonisiert werden soll, hat Schleswig-Holstein die Nase vorn.

Auch in der Frage des Schulsystems zeichnet sich in beiden Ländern eine entscheidende Strukturreform ab. Hamburg prüft eine Fusion von Haupt- und Realschule, in Schleswig-Holstein ist die Hauptschule ein Auslaufmodell. „Es findet eine Abstimmung mit den Füßen statt“, sagte Erdsiek-Rave. In fünf bis zehn Jahren würden sicher noch mehr Hauptschulen als heute mit Realschulen kooperieren oder sich zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln.

Knüppel, Krampen und Konflikte

Horst Bosetzky

Ein ehemaliger Rütli-Schüler erinnert sich an seine Kindheit in Neukölln

Auf diesen Artikel sind wir zufällig im Internet gestoßen. Die Veröffentlichung soll nichts verniedlichen oder verharmlosen, sie erklärt auch nicht alles, aber einiges, sie soll nichts anderes bewirken als Nachdenken über die Situation vieler Jugendlicher in unserer Gesellschaft.

Ein Rütli-Schüler, ja das war ich. Zu Schlägereien verabredet, Lehrer geärgert und Schwächere geschlagen - all das, was man heute so liest über die angeblich so schreckliche Neuköllner Schule, das haben wir auch gemacht. Und wir waren keine Ausländer. Aber es war ja auch eine andere Zeit. Von 1946 bis 1951 besuchte ich die 31. Grundschule an der Rütlistraße - eine reine Jungs-Schule damals.

Die Verhältnisse waren nicht so, dass wir lieb und

artig daherkamen. Oft war der Vater im Krieg gefallen oder saß in Gefangenschaft, Mütter mussten arbeiten. Viele von uns waren Schlüsselkinder, die Sozialisation erfolgte durch Gleichaltrige. Alle waren wir traumatisiert, hatten in Luftschutzkellern gegessen, waren evakuiert gewesen und in Dörfern von der einheimischen Jugend malträtiert worden, hatten Bombenangriffe erlebt, mitbekommen, wie Mütter vergewaltigt wurden. Da waren viele zum Wolf unter Wölfen geworden, die Straßen wurden von - heute würde man sagen - jugendlichen Warlords beherrscht. Die hatten ihre Ausbildung in der Hitlerjugend genossen, wo man zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl sein musste. Weh dem Knaben, der in der Nähe der Rütli-Schule zart besaitet war.

Wir konnten uns nicht per Handy verabreden, geplante Straßenschlachten gab es trotzdem. Man kämpfte mit Fäusten, Gürteln, Knüppeln oder Katapulten. Verschossen wurden Steine und

Nägel. Mein Freund Gert, heute Professor in München, erinnert sich, dass einem Jungen ein Auge ausgeschossen wurde. Nicht wer den besten MP3-Player hatte, sondern wer die meisten Blessuren aufweisen konnte, war der größte Held.

Allerdings zählte auch dieser nur in seinem Gebiet, denn es gab No-Go-Areas, Feindesland. Ich hatte wahnsinnige Angst, die Weserstraße zwischen Pannier- und Rütlistraße entlangzugehen, weil da im Hausflur ein großer Junge lauerte, der sich auf andere stürzte und sie verprügelte. Szenen, wie man sie aus dem Neukölln-Film „Knallhart“ kennt. Auch bei uns wurden Schwächere abgezogen. Zwar hieß es damals nicht so und sie mussten auch nicht Turnschuhe und Handys hergeben. Aber Fußbälle, Spielzeug-Rennautos oder geklautes Buntmetall. Erzählte man zu Hause, dass man überfallen wurde, bekam man ein paar hinter die Ohren. „Dafür, dass du dich nicht gewehrt hast!“

Zwei Welten gab's in der Rütli-Schule. Die Werte der Lehrer galten in der Welt, in der leistungsstarke Schüler Achtung genossen. In der Pause hatten die Schläger, ein, zwei Jahre älter, das Sagen. Sie wussten, wie es sich gut leben lässt. So wie heute: mit Erpressung. Wer ihnen Geschenke brachte, blieb ungestört, wen sie auf dem Kieker

hatten, wurde bedroht und verprügelt. Prügeleien waren an der Tagesordnung, manche brachten sogar gusseiserne Schlagringe mit. Die Lehrer konnten dagegen nichts ausrichten. Es hätte auch kein landesweites Medienecho gegeben, wenn sie in einem Brief über die Zustände gejammert hätten. Wir ärgerten sie, beschossen sie mit Krampen oder stellten ihnen wacklige Stühle hin. Ein Kamerad steckte Rasierklingen in die Ritzen auf den Sitzflächen. Am besten ließ sich der Unterricht mit Stinkbomben stören. Altes Filmmaterial in Zeitungspapier gewickelt und angezündet, das wirkte. Meine Lehrerin lief mindestens einmal die Woche weinend aus dem Raum.

Liest man heute von der Rütli-Schule, kommt mir vieles bekannt vor, bis auf die Tatsache, dass wir Deutsche waren, obwohl die Lehrer meinten, Deutsch sei unsere erste Fremdsprache. Perfekt beherrschte es keiner, und ick weef bis heute nich so richtig, wat 'n Perfekt und 'n Imperfekt is.

Horst Bosetzky, 68, war Soziologie-Professor, ist Autor (bekannt auch als -ky) und Vorsitzender des Schriftstellerverbandes Berlin. Seine Schulerlebnisse beschreibt er im Roman „Brennholz für Kartoffelschalen“.

Das Migrationsdesaster

von Jürgen Kaube; erschienen in der FAZ vom 16.5.06

Schulreform als Ausrede: Die Pisa-Studie über Einwanderer

Die Befunde werden mitgeteilt, als handele es sich um eine interessante Zukunftsaufgabe. Eine „Herausforderung“, wie die offizielle politische Redensart für vergangenes Versagen lautet. Tatsächlich beschreibt die jetzt im Berliner OECD-Büro vorgestellte Auswertung der Pisa-Studie 2003 für Migranten aber ein gegenwärtiges Desaster. Jugendliche, die entweder nach Deutschland eingewandert sind oder aus Migrantenfamilien stammen, schneiden dramatisch schlechter ab als Migranten in anderen Ländern. Durchschnittlich liegen sie ein ganzes Schuljahr hinter ihren Altersgenossen aus deutschen Familien - die im Pisa-Test ja auch nicht bestachen - zurück. Selbst wenn man berücksichtigt, was die Statistiker den sozioökonomischen Hintergrund nennen, also Einkommen und Bildung der Eltern, wenn man also nur ähnliche Herkunft vergleicht, beträgt der Abstand ein dreiviertel Jahr.

Noch irritierender aber: Die Länge des Aufenthalts einer Migrantenfamilie in diesem Land hat im Durchschnitt gar keinen positiven Effekt auf die mathematische Bildung und die Lesefähigkeit ihrer Kinder. Jugendliche der zweiten Generation, also im Land ihrer Schulkarriere geborene, schneiden in allen europäischen Ländern besser ab als die Eingewanderten. Nur in Deutschland (und in Dänemark) nicht. 2003, als die entsprechenden Tests durchgeführt wurden, besaß ein hier geborenes Migrantenkind im Alter von fünfzehn Jahren einen Rückstand von drei, ja drei ganzen Schuljahren auf seine australischen oder kanadischen Altersgenossen.

So weit nur die allerschlimmsten Zahlen. Die Medien, so der Berliner OECD-Büroleiter Heino von Meyer, neigten dazu, am liebsten über Negatives zu berichten. Ob man denn nicht auch einmal etwas Positives sagen könne, zum Beispiel, wie gut die Integration andernorts funktioniere. Aber damit sind wir, tut uns leid, nicht bei den guten Nachrichten für die anderen - die Kanadier, Schweden oder Australier -, son-

dern bei der Lebenslüge der gesamten Pisa-Industrie, von ihrer statistischen Rohstoffförderung über die erziehungswissenschaftliche Veredelung der Daten bis hin zum politischen Handel damit. Denn daß es andernorts gelingt, die schulischen Nachteile von Migranten in Grenzen zu halten, ist nicht in erster Linie eine Aussage über andere Schulsysteme. Es ist vielmehr eine über unsere Einwanderungspolitik, unsere Arbeitsmärkte und unseren Mangel an soziologischer Ehrlichkeit.

Doch weil die Erziehungsstatistiker davon noch weniger verstehen als von Schulen, machen sie lieber das, was sie seit Jahrzehnten machen: Sie schlagen Bildungsreformen vor, fordern Integrationsprogramme und daß man die besseren, überwiegend einheimischen Schüler so lange mit den schwachen zusammen unterrichten soll, bis es zur Abfärbung kommt.

Nichts gegen integrierte Schulen, wenn sie gut durchdacht sind, was leider für die meisten Produkte der hiesigen Erziehungslobby nicht gilt. Tatsächlich aber geht es darum, sich der Tatsache zu stellen, daß Türken in Deutschland als größte Problemgruppe im Durchschnitt weniger bildungsfreundlich erzogen werden als beispielsweise die selektiv ins Land gelassenen Einwanderer Kanadas. Doch statt dessen spricht man, wie die OECD-Bildungsdirektorin Barbara Ischinger, verdruckst davon, daß der Unterschied „zum Teil auf Kompositionseffekte zurückgehen mag“. Weiß sie nicht, daß die Kanadier auf das Bildungsniveau ihrer Neubürger schon beim Grenzübertritt achten? Daß sie Einwanderer nicht in erster Linie einem Moraltest unterziehen, sondern über den Eintritt nach Kriterien entscheiden wie der Sprachbeherrschung im Englischen und Französischen, dem Abschluß, der Berufsausbildung und der Fähigkeit, für eine vierköpfige Familie um die 20 000 kanadische Dollars zu erwirtschaften?

Doch, sie weiß es, aber es paßt nicht zu ihrer Phrase, ein hoher Migrantenanteil müsse „nicht als Problem, sondern als Chance“ verstanden werden. Für wie dumm hält man uns, wenn man pauschal „Immigranten der ersten und zweiten Generation“ vergleicht, ohne zu erwähnen, daß in Kanada die einzigen nichteuropäischen Einwanderergruppen, die mehr als 2 Prozent der Bevölkerung ausmachen, Chinesen und Inder sind? Man lobt die Australier für ihre Sprachintegration und drückt im „Technischen Anhang“ ab, daß die Hauptgruppe der Einwanderer aus Großbritannien stammt. Die fabulösen Finnen finden sich gar nicht mehr im OECD-Bericht. Vielleicht mangels Migrantenmasse, oder damit keiner auf die Idee kommt, ihre Erziehungserfolge hätten am Ende damit zu tun, daß die Schule dort weniger gegen die

Familien erziehen muß. Das bildungsstarke Schweden, so Frau Ischinger, sei ja auch ein Land mit hohem Migrantenanteil - mehr ein Viertel davon sind andere Skandinavier und Deutsche.

Sollte man nicht endlich davon ablassen, durch statistische Kategorienfehler und schiefe Vergleiche sich selbst und die Öffentlichkeit über die Wirklichkeit an unseren Schulen und in den Familien zu betrügen?

„Ehrenrunden“ — Ja oder Nein?

von Margret Kiosz; erschienen im Flensburger Tageblatt am 13. Juni 2006

„Sitzenbleiben“ — altes Thema, neuer Streit. Während Bundesministerin Annette Schavan (CDU) am Wiederholen einer Klasse festhalten will, bleibt die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD), bei ihrer Ablehnung.

Kiel /sh:z –

In zwei Wochen ist es wieder soweit: Dann entscheiden die Lehrerkonferenzen darüber, ob das Klassenziel erreicht wurde oder ob Sonja, Ole, Alexander oder Marie das Schuljahr wiederholen müssen. Dabei geht der Streit über den Sinn des Sitzenbleibens quer durch die deutsche Bildungslandschaft. Als ein „Relikt aus der pädagogischen Mottenkiste“ hatte Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) in der letzten Woche das Sitzenbleiben in unserer Zeitung kritisiert. Der jüngst von ihr auf der Kultusministerkonferenz in Plön vorgelegte Bildungsbericht zeige erneut, dass bei 15-jährigen Sitzenbleibern auch nach einer „Ehrenrunde“ kaum Erkenntnisgewinne festgestellt wurden. Das Sitzenbleiben gehöre deshalb abgeschafft, so ihr Postulat. Damit erntete sie als Präsidentin der Kultusministerkonferenz heftigen Protest von ihrer Berliner Amtskollegin Bundesbildungsministerin Annette Schavan. „Man kann Lehrern nicht dieses Sanktionsmittel nehmen, die Ultima Ratio. Damit würde die Politik zum Autoritätsverfall der Lehrer beitragen“, so ihr Ratgen Kiel. Sie räumte aber ein, dass die Sitzenbleiberquote gegenwärtig „ganz klar zu hoch“ sei.

Wer das Sitzenbleiben als „Disziplinierungsmittel“ verteidige, habe von der Schulpraxis keine Ahnung und vertrete pädagogische Ansichten aus der Zeit der „Prügelpädagogik“, konterte prompt die Vizevorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marianne Demmer. Unterstützung erhielt Erdsiek-Rave auch von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Durch das Wiederholen von Klassen „werden Anreize und Motivation genommen, weiter zu lernen“.

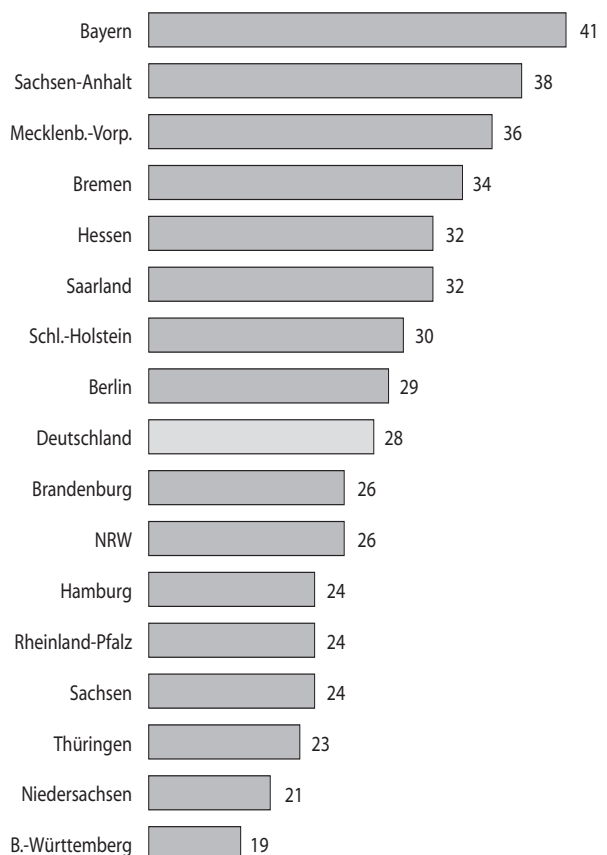
Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider (CSU) sagte dagegen, er halte es für „nicht zielführend“, das Sitzenbleiben grundsätzlich abzuschaffen. Damit liegt er ganz auf der Linie der deutschen Lehrkräfte. Nach einer gestern veröffentlichten Studie hat sich die Quote der Be-

fürworter mit 22 Prozent seit 1998 fast verdreifacht, aber 62 Prozent der Befragten wollen an der Ehrenrunde festhalten.

Jährlich bleiben von der ersten bis zur 13. Klasse 252 000 Schüler sitzen. Das sind 2,8 Prozent aller neun Millionen Schüler in Deutschland. In Schleswig-Holstein werden 3,1 Prozent pro Jahr nicht versetzt. Die wenigsten Sitzenbleiber hat Baden-Württemberg (1,9 Prozent), die meisten Bayern (4,1).

Mit zusätzlichen Lehrern, die die schwachen Schüler fördern sollen, will Erdsiek-Rave im Norden die Zahl der unfreiwilligen „Schulzeitverlängerung“ drastisch reduzieren. Dafür werden in den kommenden Jahren 200 Planstellen bereitgestellt. Ein Modell, das sich mittelfristig rechnet: die Klassenwiederholer kosten nämlich genau so viele Lehrerstellen wie jetzt für die Förderung der Kinder eingerichtet werden.

Sitzenbleiben



*ohne Sonderschulen, Freie Waldorfschulen, Vorschulbereich und Abendschulen

DIE POLITIK

von *Arnold Siegmund*

Die Politik ist ein Produkt
aus List und Heuchelei.
Wo man sich in die Suppe spuckt,
ist Politik dabei.

Die Politik bedarf der Massen,
verbraucht Subjekte als Objekt,
und wo sich hassen Rassen, Klassen,
hat sie, was Zwietracht nährt, geweckt.

Die Politik verfolgt Interessen,
was arglos ist, das wird umgarnt,
sie tönt vom Vorteil – nur ... von wessen? –
den Eigennutz hat sie getarnt.

Die Politik benutzt die Lüge
in jeglicher Gestalt.
Was nicht verfällt ihr zur Genüge,
das nimmt sie mit Gewalt.

Die Politik dehnt das Gewissen
von bieder bis gewissenlos.
Und jedes Vorrecht – muss man wissen –
bedingt ihr eig'nes Handeln bloß.

Die Politik kennt keine Scham,
auch sind ihr Skrupel selten eigen.
Wenn's dann zur Rechtsverletzung kam,
wird sie die Wahrheit dreist verschweigen.

Die Politik gleicht einem Sumpfe,
der einer Klärung solange trotzt,
bis dass es stinkt, das fäkal Dumpfe,
und jeder Bürger geistig kotzt.

Die Politik ist ein Produkt
auf Schein geschminkter Fratzen.
Sie macht's, wenn es die Großen juckt,
dass sich die Kleinen kratzen.

Die Politik kennt keine Reue,
Rechtsbruch verniedlicht sie zum Fehler
und hofft mit raffinierter Schläue,
auf die Vergesslichkeit der Wähler.

Den Volksvertretern:

Vom Volk gewählt, dem Volk zu dienen.
Beim Eid hat man noch so gedacht.
Alsbald möcht' man dann auch verdienen
und statt Verantwortung die Macht.

Grimmelshausen und der Landtagsabgeordnete

Werner Broders

- Wie die unheimliche Begegnung des Politikers mit der vielbeschworenen Basis zu vielerlei Erkenntnissen hätte führen können sollen, vielleicht, wenn der Sachzwang nicht wäre. -

Die Einladung:

Stark im Norden! Modernes Styling. Ein bisschen rot, ein bisschen schwarz. Wie passend in Zeiten der großen Koalition. Unser Landtagsabgeordneter kommt. Er wird angekündigt als Bildungsexperte. Wir sind von Experten umstellt. Besonders von Bildungsexperten. Die können sich offensichtlich nicht um alles kümmern. Daher vielleicht die vielen Fehler im Text. Und besonders apart der Stil: „Ein erster Baustein wurde gerade...in Gang gebracht...“.

Das Thema:

Die Schulgesetznovelle. Vorgestellt wie ein

Damoklesschwert. Das haben Reformen so an sich. Das kennt man schon. Einzig gesperrt im Einladungstext das Motto: „**Bildung ist Zukunft**“. Typisch für die neuzeitliche Motto-Kultur seine entlarvende Umkehrbarkeit und Variabilität: Zukunft ist Bildung. Keine Bildung ohne Zukunft. ...

Der Ort:

Ein Hotel in der Kleinstadt, das die besten Zeiten hinter sich hat. Ob das symbolisch zu verstehen ist? Hinterzimmer.

Das Personal:

Wenige sind gekommen. Einige Schulleiter sind da. Parteivertreter zum Grußworte sprechen. Die Vertreterin des Bürgermeisters aus der Partnerfraktion. Auch hier sind Grußworte zu befürchten. Einige Elternvertreter. Und der Landtagsabgeordnete.

Damit das mal klar ist:

Der Landtagsabgeordnete sagt, er sei selbst einmal Lehrer gewesen. Das weist ihn als Experten für „Schule“, wie man heute so artikel- wie gedankenlos sagt, als Bildungsexperten aus. Über die Diäten-Erhöhung, die er morgen mitbeschließen wird, wird er heute nichts sagen. Und auch sein 22-seitiges Redemanuskript wird er heute nicht zum Vortrage gelangen lassen. Ob man ihm das mitgegeben hat? Hat er es selbst geschrieben? Fragen, die heute leider ungefragt bleiben müssen. Wir beginnen gleich mit den Fragen. Vorher aber noch kurz eine Einbettung in den PISA-Kontext. Das muss sein. Der Landtagsabgeordnete macht sich Gedanken, wie man es von jemandem wie ihm auch erwarten darf. Natürlich macht er sich Sorgen um den Standort Deutschland. Diese Sorgen würde ich mir auch machen, wenn man mich mit so einer fehlerbelasteten Einladung angekündigt hätte. In Sonderheit macht er sich auch noch Sorgen über die Hauptschüler, von denen oft gesagt würde, „sie könnten ja gar nicht mehr“. Ob das auch für die Schreiber der Einladung gilt? Fördern und fördern. Die deutsche Phrasendreschmaschine läuft sich schon mal heiß.

Was ungeklärt blieb:

Ganztagsschule stand in der Einladung. Gemeint war wohl Gemeinschaftsschule.

Gemeinschaftsschule, weshalb dieses Wort? Schon mal was von Ideologiekritik gehört?

Schulgesetznovelle. Warum müssen reformierte Texte immer länger sein als ihre Vorgänger. Und noch unlesbarer? Und noch unverständlicher?

Wo liegt das Innovative am Innovativen? Nun gut, der Landtagsabgeordnete kennt das Wort.

Der demographische Faktor und die Schulstandorte? Warum nutzt man nicht die Gunst der Stunde und senkt die Klassengrößen? Das geht nicht! Sachzwang! Außerdem lernt man in großen Klassen genauso gut wie in kleinen. Das hat dieselbe Wissenschaft festgestellt, die auch festgestellt hat, dass Margarine Fett enthält. Ob das auch für Klassengrößen über 50 gilt?

Untere Schulaufsicht abschaffen und Schulleitern die Aufgaben übertragen, die sie sowieso schon machen müssen? Das will keiner! Aha.

Schulen mehr Selbstständigkeit geben? Ja, schon, aber Lenin ist das Stichwort: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. Innovativer Ansatz.

Was EVIT kostet? Er weiß es nicht, der Landtagsabgeordnete. Ob er das im Parlament mal fragen will, wird er sich noch überlegen.

War sonst noch was?

Auf dem Nachhauseweg fällt mir ein Gedicht von Erich Kästner ein:

Misstrauensvotum

Ihr sagt, ihr könntet in uns lesen.
Und nickt dazu. Und macht euch klein.
Ihr sagt, auch ihr wärt jung gewesen.
Es kann ja sein.

Ihr tragt Konfetti in den Bärten
und sagt, wir wären nicht allein.
Und fänden in euch Weggefährten.
Es kann ja sein.

Ihr hüpfst wie Lämmer durch die Auen
und tanzt mit Kindern Ringelreihn.
Ihr sagt, wir dürften euch vertrauen.
Es kann ja sein.

Ihr mögt uns lieben oder hassen,
ihr treibt dergleichen nur aus Pflicht.
Wir sollen uns auf euch verlassen?
Ach, lieber nicht !

Ich habe dieses Gedicht gerade mit meinen Hauptschülern besprochen.

Der Grund für diesen Zitierzwang sei frei nach Gorch Fock so formuliert: Bildung muss sein!
Und Sozialkompetenz ...und politische Bildung
...und Ideologiekritik...und Habermas...und Adorno...und Herbert Marcuse. Was war noch mit dem?

Repressive Toleranz ist das Stichwort.

Die letzte ... ? - Das Letzte!

Ekkehard Klahre

Brief von einem Schulleiter, der auszog, um dazu zu lernen – Teil 3!

Sie denken, Sie kennen Schulleiterdienstversammlungen – wetten, dass nicht? Es gibt bei uns eine Schulleiterdienstversammlung pro Schuljahr. Das sollte ja nun kein Problem sein, wenn... ja, wenn nicht der Abstand zwischen den einzelnen Schulen „ein wenig“ größer wäre als in Deutschland. Zu unserer kleinen Runde (wir sind nur sieben Kolleginnen bzw. Kollegen) gehören Schulleiter aus Sardinien, Südfrankreich, Belgien, den Niederlanden, zweimal aus Texas und eben meine Wenigkeit aus New Mexico. Normalerweise trifft man sich im „Schulamt“, das bei uns in Bonn ist und so geschieht es auch alljährlich. Damit es für die Kolleginnen und Kollegen nicht zu angenehm wird, sucht man sich die schlimmste Zeit des Jahres aus und dies ist die Woche mit dem Buß- und Betttag (ein Schelm, der schlechtes dabei denkt!) zwischen Volkstrauertag und Totensonntag und verhindert so gleichzeitig zeitaufwändige Aktivitäten:

- Das Wetter verlockt nicht zu eventuellen längeren Aufhalten auf einer Kaffeeterrasse über dem Rhein
- Die Vorweihnachtszeit ermöglicht auf jeden Fall kein stressfreies Einkaufen in leeren Geschäften
- Schöne Ausflüge in die Umgebung mit kleinen Weinproben in Straußwirtschaften stellen auch kein Problem dar, da der Wein längst ausverkauft ist
- Niemand hat wirklich Lust auf Spaziergänge, wenn es nur vier Stunden am Tag dämmerig hell ist

Zusätzlich wird der Aufenthalt angenehm gestaltet durch ein Hotel, das.. nun ja, ähh, wie soll ich es ausdrücken? Sagen wir es einmal so: Es strahlt den Charme der 50-er Jahre aus, die Möblierung stellt eine interessante Mischung der verschiedenen Stilrichtungen zwischen 1940 und 1960 dar, der Ausblick auf die Hinterhöfe ermöglicht Millieustudien über die unterschiedlichsten Traditionen der Abfall- und Lagerrituale unserer Migrantenfamilien. Es handelt sich um ein sogenanntes „Hotel garni“, in der Rezeption sitzt von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr der Portier, der gleichzeitig der Besitzer ist und aus Kirgisien stammt. Wer später ankommt, muss ihn per Handy herbei telefonieren, wer früher los will, muss auf das originale Frühstück verzichten, was allein aus

gesundheitlichen Gründen jedoch nicht wirklich ein Verlust ist.

Wie kommt der im Ausland tätige Schulleiter nun dort hin? Richtig! Er stellt einen Antrag auf die Genehmigung einer Dienstreise. Hat er diese nach mehreren Rückfragen (Was wollen sie denn da? Müssen sie da wirklich selbst hin? Ist das wirklich so wichtig?), die den Schulleiter manchmal auch schon ein wenig nachdenklich stimmen, erhalten, beantragt er bei der Flugbuchung sein Ticket. In meinem Fall erhält er dann prompt und umgehend nach acht Wochen seinen Flug: Die Tagung beginnt Dienstag Nachmittag und endet am Donnerstag abend – der Flug geht am Freitag morgen (!!) nach Deutschland und am Sonntag abend (!!!) wieder zurück, was bedeutet, dass zusätzlich vier Tage Unterricht ausfallen und zwei Wochenenden futsch sind. Außerdem: Was soll der im Ausland tätige Schulleiter in der ganzen Zeit tun? Laut Auskunft der Flugbuchung soll er die Zeit nutzen, um seine lieben Verwandten zu besuchen. Was aber nun, wenn er das partout nicht will, weil er fast keine Verwandtschaft mehr in Deutschland hat und auf den Rest im Moment... aber lassen wir das!

Es hilft nur ein Trick: Gegen Zuzahlung kann der im Ausland tätige Schulleiter fliegen, wie er will. Macht er dies und lehnt er das Angebot der Flugbuchung ab, so müssen die lieben, dort tätigen Beamten einen ausführlichen Bericht schreiben und davor schreckt der gute, deutsche Beamte zurück! Also forsch die Buchung abgelehnt, locker erwähnt, dass alle zusätzlichen Kosten natürlich übernommen werden und eine halbe Stunde später habe ich einen Flug, der am Sonntag abend losgeht und am Freitag morgen wieder zurück – ohne Zuzahlung, denn „es hat sich eine neue Buchungssituation ergeben“. Das findet der im Ausland tätige Schulleiter auch!

Hat man den Flug und den Jetlag hinter sich, so präsentiert sich die SL-Dienstversammlung als ähnlich unterhaltsam, lehrreich und interessant wie häufig auch bei uns in Schleswig-Holstein. Es wurde z. B. eine Spezialistin für Binnendifferenzierung angeworben, die uns an einem einzigen Vormittag alle Sorgen bezüglich des größten Problems der kleinen Auslandsschulen nehmen sollte: Wie kann ich allen Kindern gerecht werden, wenn ich nicht nur verschiedene Schüler mit verschiedenen Lern tempi und verschiedenem Leistungsvermögen einer Schulart in einer Klasse

habe (normal, eih!), sondern eben aus Haupt-, Realschule und Gymnasium – manchmal sogar Förderschule. Lernmaterial zu jedem Thema in jedem Fach in acht bis neun unterschiedlichen Leistungsstufen parat zu halten – das kann eine Lehrkraft schon an den Rand der beruflichen Unlust treiben, von der differenzierten Leistungsbeurteilung einmal ganz abgesehen! Nach vier Stunden Fortbildung haben es dann sieben Schulleiterinnen und Schulleiter geschafft, der engagierten Gesamtschullehrerin aus Düsseldorf klar zu machen, dass bei uns tatsächlich Kinder aller Schularten in eine Klasse gehen, worauf die Fortbildung mit dem Ergebnis und dem Kommentar für die Leiterin endete, sie hätte viel dazu gelernt (wir nicht!) und das, was wir so alltäglich machen, ginge eigentlich gar nicht ohne äußere Differenzierung. Vielen Dank noch einmal von hier aus – uns kann es somit scheinbar gar nicht geben und wahrscheinlich existiert auch dieser Brief nicht in der Realität!?

mexikanischen Grenze aus dem Flugzeug steigt und bei besagten 18°C von besagter Gattin in Empfang genommen wird. Die eineinhalbstündige Fahrt durch die Wüste in die Wahlheimat bei offenem Schiebedach und Vollmond lässt die Erinnerung an die Ereignisse der letzten Tage gnädig hinter dem Schleier des Vergessens verschwinden und das eiskalte mexikanische Bier auf der Terrasse vor dem Einschlafen besorgt den Rest – bis zum nächsten Mal!

Der Tagungsraum und die Versorgung erinnern uns an die angespannte Finanzlage unserer Republik, die sich scheinbar seit unserer Abreise noch deutlich verschärft hat: „Die erste Tasse Kaffee ist frei, danach 50 Cent, die belegten Brötchen kosten 2,50 Euro!“. Die mündlich vorgebrachten Schulberichte der einzelnen Schulleiterinnen und Schulleiter können hingegen als „normal“ bezeichnet werden, vom knappen, militärisch kurzen Bericht (wie, äh, war doch gleich der Name der Schule?) bis zum einstündigen Powerpoint-Vortrag (diejenigen, die mich kennen, wissen, wie ich die exzessive Anwendung dieser Software liebe!) über eine Bundeswehrgewerkschule mit acht (in Worten: acht!) Kindern ist alles vorhanden. Es folgen die üblichen „Einnordnungsvorträge“ über nicht vorhandene finanzielle Mittel, nötige Sparvorhaben und unbezahlte Mehrarbeit sowie ein Lob-und-Tadel-Bericht über die Schulen, die im letzten Jahr am wirtschaftlichsten bzw. am verschwenderischsten waren.

Die Anrufe zu Hause sind auch nicht erhebend, wenn man von Dauerregen und Wind bei 5°C spricht und die treue Gemahlin freudig von der Qualität der Steaks beim Grillen (BBQ) und dem tollen Sternenhimmel bei milden 18°C um 22 Uhr abends schwärmt und verspricht, ein Glas kalifornischen Rotweins auf den in seinem äh.. „Hotelzimmer?“ frierenden Gatten zu trinken.

Aber zum Glück ist einige Tage später alles vergeben, wenn der Auslandsschulleiter nach 18 Stunden Flug am Freitag nacht (nicht die Zeitverschiebung vergessen!) in El Paso an der